

Reader

29. Landesweite Konferenz  
antifaschistischer Initiativen  
und Organisationen in NRW  
27. Februar 2010 Duisburg



Wir widmen diesen Reader Josef Angenfort,  
Ehrevorsitzender der VVN-BDA Nordrhein-West-  
falen, verstorben am 13. März 2010

## Inhalt

Eröffnung, Begrüßung Doris Michel, Kreissprecherin der VVN-BdA Duisburg .....	3
Antifaschismus war und ist international Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten .....	4
Statement 1: Das neue Gesicht der Regierungen Einerseits Integrationsversprechen - andererseits brutale Abschiebungen, z.B. der Roma in den Kosovo Roman Franz, Landesverband Deutscher Sinti und Roma NRW .....	7
Statement 2: Der „Kampf gegen den Moscheebau“ ist eine moderne Form des Rassismus. Jörg Detjen, Fraktionssprecher DIE LINKE im Rat der Stadt Köln.....	9
Statement 3: Integration leichtgemacht: Gleiche Rechte für alle lebenden Menschen hier Sevim Dagdelen, Mitglied des Deutschen Bundestages, Fraktion DIE LINKE .....	11
Statement 4: Der Migrant als Nazi? Keine Zusammenarbeit mit „Grauen Wölfen“ und anderen Rechten. Düzgün Altun, Bundesvorstand DIDF (Föderation demokratischer Arbeitervereine) .....	14
Arbeitsgruppe 1: Die „pro-NRW“-Gruppe stoppen - Erfahrungsberichte aus den Städten .....	17
Arbeitsgruppe 2: Der herrschende Kampf gegen Extremismus ist der Kampf der Herrschenden: Kritik des Extremismusbegriffs und der entsprechenden Praxis. ....	18
Arbeitsgruppe 3: Das Verbot und die Auflösung von Nazi-Kameradschaften, NPD und „autonomen Nationalisten“ gegen die Regierung durchsetzen heißt in NRW, erstmal mit der Spitzelarbeit des Verfassungsschutzes aufzuhören.....	23
Arbeitsgruppe 4: Deutschland wird am Hindukusch verteidigt, aber auch an der Villa Hügel. Der neue deutsche Militarismus.....	25
Grußschreiben .....	27
Josef Angenfort.....	31

## **Eröffnung, Begrüßung**

*Doris Michel,  
Kreissprecherin der VVN-BdA  
Duisburg*

Liebe Freunde und  
Freundinnen,

Liebe Kameradinnen und  
Kameraden,

liebe antifaschistische Mitstreiterinnen und Mitstreiter,  
ich freue mich, dass ihr so zahlreich nach Duisburg gekommen seid und möchte an dieser Stelle die Referentinnen und Referenten unseres Kongresses herzlich begrüßen im „Internationalen Zentrum“ der Duisburger Volkshochschule, die uns freundlicherweise diesen Saal zur Verfügung gestellt hat.

Ich begrüße

- **Dr. Ulrich Schneider**,  
Generalsekretär der FIR –  
Internationale Föderation der  
Widerstandskämpfer,  
Bundessprecherkreis der  
VVN-BdA
- **Roman Franz**, Sprecher des  
Landesverbandes Deutscher  
Sinti und Roma NRW
- **Jörg Detjen**,  
Fraktionssprecher DIE LINKE  
im Rat der Stadt Köln
- **Düzgün Altun**,  
Bundeschristenrat von DİDF,  
(Föderation demokratischer  
Arbeitervereine)

Das Motto der 29. Landeskonferenz heißt:

### **Internationale Solidarität gegen nationalen Kleingeist.**

Das heißt, Antifaschismus ist nicht nur gegen den Faschismus, sondern auch für eine solidarische neue Gesellschaft, in der alle Menschen ohne Rassen- und Fremdenhass, Verfolgung und Krieg in Frieden leben können.

Als ich im November 2009 hierher kam, um über den Saal zu sprechen, ahnte ich nicht, dass unsere Konferenz eine di-

rekte Gegenveranstaltung zu den geplanten Aufmärschen von NPD und pro NRW am 27. und 28. März in Duisburg sein wird. Ich möchte der Diskussion nicht vorgreifen, aber: Aktuell ist Duisburg das Ziel neofaschistischer Aktivitäten. Der relativ hohe Anteil von Einwanderern in einigen Duisburger Stadtteilen scheint für Neonazis der ideale Nährboden für ihre Propaganda zu sein. In Duisburg soll die Strategie ausprobiert werden. Hier soll die Bevölkerung mit Vorurteilen verunsichert und gegeneinander aufgewiegelt werden: Deutsche gegen Ausländer, der Migrant als Feind, als kulturelles U-Boot und als religiöser Usurpator soll entlarvt, als Hartz IV-Schmarotzer und „Kindergeldabgreifer“ denunziert werden. „Abendland in Christenhand“ fordert pro NRW, die NPD fordert Sicherheit statt Islamisierung, Bildung statt Moscheen. In dem Aufruf des Bündnisses „Duisburg stellt sich quer“ heißt es:

### **Vorurteile und Ängste**

Die rassistische Hetze von pro NRW und NPD zielen darauf ab, die Vorurteile und Ängste gegenüber Menschen islamischen Glaubens für ihre Ziele zu nutzen. Dabei greifen sie eine antiislamische Debatte auf, welche aus der Mitte der Gesellschaft angestoßen wird.“

### **Warum Mitte der Gesellschaft?**

Der scheinbare gesellschaftliche Konsens, dass nur derjenige ein anerkanntes Mitglied der Gesellschaft sei, der selbst „Leistung“ erbringe (Leistung soll sich lohnen), der keine „staatlichen Transferleistungen“ (wie es im Politjargon heißt und als ob sie ein Almosen wären) erhält, der nicht alt, schwach, krank, behindert oder durch seine Herkunft aussortiert ist, dieser Konsens wird täglich in der Bildzeitung und anderen Medien kolportiert, wird in abgeschwächter oder verschärfter Form in Wahlkampfreden als

„Lösung gesellschaftlicher Probleme“ verkauft.

Diese Haltung ist der Spiegel der Profitorientierung unseres Gesellschaftssystems. Wer oder was nichts „bringt“, wird aussortiert. Auf die neofaschistische Spitze getrieben: vernichtet.

### **Hauptpotential in der gesellschaftlichen Mitte**

In mehreren soziologischen Untersuchungen (z.B. Heitmeyer) wurde zwar versucht nachzuweisen, dass neonazistische Gesinnungen ein Problem gesellschaftlicher Randgruppen und so genannter bildungsferner Schichten sei. Aber: Jedes Mal stellte sich heraus, dass Jugendliche ohne Perspektive, die aus gestörten Elternhäusern kommen, zum Teil anfällig für die Parolen und Aktionen neonazistischer Kameradschaften sein können. Das Hauptpotential für deren Anhänger und Mitglieder jedoch in der so genannten gesellschaftlichen Mitte oder in der herrschenden Klasse zu finden ist. Diese Menschen haben elitäres Gedankengut. Ihr Weltbild definiert sich in der Abgrenzung zu den Geringverdienenden, Minijobbern, Arbeitslosen und Einwanderern und sonstigen sozial Schwachen, den Verlierern. In einem so durch Kampf geprägten Weltbild geht es um Sieger und Verlierer, um Führer und Gefolgschaft.

### **Wahlkampf mit antiislamischer Stimmungsmache**

pro NRW und NPD wollen in den Landtag einziehen. Sie machen beide Wahlkampf mit antiislamischer Stimmungsmache. Der Erfolg der Schweizer Anti-Minarett-Kampagne beflügelt Pro NRW, eine angebliche Bürgerbewegung mit Führungskräften aus dem braunen Lager. Der Landesvorsitzende Markus Beisicht, vor vielen Jahren Funktionär der Deutschen Liga für Volk und Heimat, ebenso Pro-Deutschland-Chef Manfred Rouhs: Ex-Deutsche

Liga für Volk und Heimat, Ex-NPD-Mitglied, Tobias Nass, der neue Direktkandidat für die Landtagswahl aus Solingen. Beim letzten Mal war er noch für die NPD angetreten (Darüber werden wir sicher noch etwas in der Konferenz hören).

### **Sie kamen nicht durch**

Pro NRW will einen Stermarch zur Moschee in Marxloh veranstalten, die NPD nach 5 Jahren noch einmal versuchen, durch Marxloh und Hamborn zu marschieren.

Das ist ihnen im Jahr 2005 nicht gelungen: es waren einfach zu viele Bürger dieser Stadtviertel auf der Straße. Sie kamen nicht durch. Das sollen sie auch diesmal nicht.

Gegen diese erneuten Angriffe neofaschistischer Kräfte haben sich in Duisburg Bündnisse gebildet. Das Marxloher Bündnis in dem Stadtteil, der direkt betroffen ist und „Duisburg stellt sich quer“ als übergreifendes Bündnis.

Wir sind stolz auf diese Bündnisse, aber es zeigen sich auch gewisse Schwächen: Viele verschiedene Initiativen machen mobil, die Aktionen laufen zum Teil nebeneinander her, die Abgrenzung voneinander ist wichtiger als die Aktionseinheit gegen die Neonazis, die so notwendig für den Erfolg unserer Gegenaktionen ist (siehe Dresden).

Ich wünsche mir, dass diese Konferenz dazu beiträgt, in vielleicht auch kontroversen Diskussionen, den **gemeinsamen Kampf** gegen die menschenverachtende, rassistische und gewalttätige Ideologie des Faschismus zu stärken, ich wünsche mir, dass sich **alle**, die hier sind, in dem Ziel einig werden, diese erneuten Provokationen neonazistischer Organisationen zu verhindern und dafür Differenzen zurückzustellen.

Nie wieder Faschismus!  
Nie wieder Krieg!

Vielen Dank

Doris Michel

## **Antifaschismus war und ist international**

*Dr. Ulrich Schneider,  
Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten*

Mir ist die Aufgabe gestellt worden, die internationale Dimension unserer antifaschistischen Arbeit für heute zu skizzieren. Wenn ich nun das erweiterte Motto der heutigen Veranstaltung „Wie weiter nach Dresden?“ beziehungsweise „NPD und Pro NRW - Aufmarsch blockieren“ betrachte, dann kann ich nur sagen, dass auch hier das Thema meines Einführungsbeitrags absolut passend ist.

Schon im vergangenen Jahr wurde der breite gesellschaftliche Widerstand gegen den Naziaufmarsch nicht nur aus Deutschland, sondern international unterstützt. Unsere Organisation, die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) und das Netzwerk UNITED haben im Vorfeld der „Geh-Denken“-Aktionen sich aktiv in die politische Auseinandersetzung und Mobilisierung eingebunden. Vertreter beider Organisationen sprachen am 14. Februar 2009 auf den Auftaktkundgebungen.

### **Widerstand gegen Naziprovokationen eine internationalistische Kraft**

Unter den Teilnehmenden der Proteste und Blockadeaktionen waren Antifaschisten aus Polen, Tschechien, Ungarn, Österreich, selbst aus Dänemark und Großbritannien. Damit wurde unterstrichen, dass Widerstand gegen Naziprovokationen bis heute eine internationalistische Kraft ist.

Dieses Prinzip galt bereits im antifaschistischen Widerstand selber, in der Geschichte der internationalen Dachorganisation FIR und gilt nicht zuletzt im antifaschistischen Handeln heute.

Ich möchte dies an einigen Punkten aus historischer Per-

spektive und mit Hinweis auf heutige Auseinandersetzungen erläutern:

1. Es war schon in den dreißiger Jahren eine Grundüberzeugung der Organisationen der Arbeiterbewegung, die die Hauptlast des antifaschistischen Kampfes trugen, dass politisches Handeln für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte nicht an den nationalen Grenzen halt machen oder gar zu Lasten von Menschen und Völkern anderer Nationen durchgesetzt werden kann. Diese Erkenntnis einte alle Richtungen, sie galt gleichermaßen für sozialdemokratische und kommunistische Organisationen der Arbeiterbewegung.

### **Antifaschistischer Internationalismus eine existenzielle Notwendigkeit**

Während konservative Staats- und Regierungschefs mit „Appeasement“-Politik auf die imperiale Ausdehnung des deutschen und italienischen Faschismus reagierten, verstanden auch demokratische Kräfte im Bürgertum, dass antifaschistischer Internationalismus eine existenzielle Notwendigkeit des Handelns gegen die nationalistische und chauvinistische Ideologie der jeweiligen faschistischen Herrschaft, ob in Deutschland, Italien, Spanien, Bulgarien oder in anderen Ländern, war. Denn faschistische Ideologie und Politik entwickelte sich wegen ihrer imperialistischen Expansions- und Herrschaftspläne zu einer direkten Bedrohung nicht nur für die Nachbarstaaten. Sie konnte nur im gemeinsamen Kampf aller von diesen Regimen bedrohten Länder und Völker bekämpft werden. Daraus ergab sich ganz originär eine Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg.

### **Zusammenarbeit der Völker**

Dabei hatte die Zusammenarbeit im antifaschistischen Handeln wenig zu tun mit dem klassischen Koalitions- und Beistandspaktendenken der herrschenden Eliten der jeweiligen Staaten. Es

war vielmehr aus den Erfahrungen der Antifaschisten eine Zusammenarbeit der Völker, die sich auch in praktischer Solidarität mit den Verfolgten und im antifaschistischen Handeln ausdrückte. Dazu gehörte im besonderen Maße die Hilfe für Verfolgte und Exilanten oder die Unterstützung von Widerstandsgruppen bei der grenzüberschreitenden antifaschistischen Arbeit. Und wo wir hier in Duisburg sind, möchte ich besonders die Rolle der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF) unterstreichen, die sich im grenzüberschreitenden Handeln zwischen Holland, Belgien und Nazi-Deutschland bei der Rettung von Verfolgten und beim illegalen Transport von Druckschriften hervorgetan hat.

### **Der Internationalismus formte sich in den Internationalen Brigaden**

Antifaschismus als Internationalismus zeigte sich besonders deutlich im Kampf gegen die Bedrohung der Spanischen Republik durch den faschistischen Putsch von General Franco. Hier formte sich der Internationalismus in den Internationalen Brigaden, die – gegen die vorgebliche Nichteinmischungshaltung der Westmächte – praktische Solidarität mit der bedrohten Republik übten. Die Kraft der internationalen Solidarität vermochte es, den faschistischen Vormarsch mehrere Monate erfolgreich aufzuhalten. Viele Antifaschisten aus allen europäischen Ländern, aus Palästina oder den Vereinigten Staaten zogen mit dem Bewusstsein nach Spanien und reihten sich dort ein in die Interbrigaden. Ich möchte an dieser Stelle an den Duisburger Künstler Heinz Kiwitz erinnern, der als junger Mann 1938 in der Ebro-Schlacht in den Reihen der Interbrigaden starb. Sie alle wollten damit nicht nur Franco stoppen, sondern indirekt auch der fa-

schistischen Bedrohung in ihrem eigenen Land entgegentreten.

Und nicht nur in Spanien lebte der Internationalismus. Die Teilnahme von Antifaschisten aus vielen Ländern in den Reihen der Armeen der Anti-Hitler-Koalition, in der Résistance und im bewaffneten Widerstand anderer Länder war ein sichtbares Zeichen für diese Gemeinsamkeit der antifaschistischen Idee über Grenzen, Nationen und Völker hinweg. Erwähnt sei an dieser Stelle nur die Beteiligung von Angehörigen vieler Nationalitäten am Slowakischen Nationalaufstand 1944 oder am Aufstand in Paris zur Befreiung der Stadt. Unser Kamerad Peter Gingold – die meisten von euch kannten ihn, den jüdischen Antifaschisten und Kommunisten – gehörte damals zu den Deutschen in der Resistance, die an der Befreiung von Paris mitgewirkt hatten.

### **Selbstbefreiung der Häftlinge am 11. April 1945**

Eine besondere Bedeutung erhielt der internationalistische Charakter des antifaschistischen Widerstandes in den Konzentrationslagern. Hier ging es darum, durch die illegale vertrauensvolle Zusammenarbeit von deutschen und ausländischen Häftlingen ein gemeinsames Überleben zu sichern. Dies war schwerer als in den Zeiten der Illegalität, da in den KZs nicht nur politisch klar denkende Häftlinge eingesperrt waren. Umso wichtiger war es für das Überleben aller Häftlinge, auch unter diesen Bedingungen Solidarität und Internationalismus zu praktizieren. In fast allen größeren Lagern bildeten sich konspirativ internationale Häftlingskomitees, in Buchenwald, Dachau, Mauthausen, Sachsenhausen, selbst in Auschwitz. Willy Schmidt, Duisburger Gewerkschafter und Jungkommunist war Mitglied in dieser illegalen Lagerorganisation im KZ Buchenwald. Er schuf gemeinsam mit seinen Kameraden die Voraussetzungen für die

Selbstbefreiung der Häftlinge am 11. April 1945. Und wenn wir in diesem Jahr auf dem Ettersberg den 65. Jahrestag der Selbstbefreiung begehen, dann erinnern wir insbesondere an diese Häftlinge aus Deutschland und anderen Ländern, die das Überleben von über 21.000 Gefangenen ermöglicht haben.

### **Vermächtnis aller Überlebenden des KZ Buchenwald**

Und es war nur konsequent, dass die befreiten Häftlinge des Lagers am 19. April 1945 einen gemeinsamen Schwur sprachen, der bis heute das Vermächtnis aller Überlebenden des KZ Buchenwald ist, aus welchem Land auch immer sie kommen.

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!“

Vergleichbar dem Schwur von Buchenwald wurden in diesen Monaten in vielen Haftstätten ähnliche Verpflichtungen in dem Bewusstsein formuliert, dass die Gemeinsamkeit des Handelns der antifaschistischen Kräfte die Grundlage für einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn in Europa sein würde.

2. Und wieder zeigte der antifaschistische Internationalismus seine Lebendigkeit:

Als deutlich wurde, dass es im Nachkriegseuropa erstzunehmende Tendenzen der Restauration und der reaktionären Umorientierung geben würde, bewies sich der antifaschistische Internationalismus in der Gründung der Dachorganisationen der Kämpfer gegen den Faschismus, der Verfolgten und Opferverbände – erst in der Gründung der FIAPP (Föderation ehemaliger politischer Gefangener), später in der Gründung unserer Organisation, der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR).

### **Internationale Zusammenarbeit erweist sich als wirksame politische Kraft**

Und diese internationale Zusammenarbeit erweist sich seit annähernd 60 Jahren als wirksame politische Kraft, sei es in der Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrecher, sei es in der Verteidigung der sozialen und gesellschaftlichen Rechte der Verfolgten des Naziregimes, sei es in der Solidarität mit antifaschistischen Kräften in verschiedenen Ländern, die erneut Repressionen ausgesetzt waren, wie zum Beispiel die damals vom Verbot bedrohte VVN-BDA. Die internationale Solidarität zeigte sich im gemeinsamen Handeln gegen SS-Traditionsverbände und das Wiederaufkommen alt- und neofaschistischer Parteien und Gruppen, ein Thema, das insbesondere in den baltischen Ländern und anderen osteuropäischen Staaten bis heute auf der Tagesordnung steht.

### **Die Nelkenrevolution**

Zu den internationalistischen Handlungsfeldern der FIR und ihrer Mitgliedsorganisationen gehörte die politische Solidarität mit allen Kämpfern gegen faschistische Regime, sei es im Spanien von Franco oder im Portugal von Salazar. Und ich erinnere mich wie heute, als vor über 35 Jahren das Lied „Grandola, Villa Morena“ die Nelkenrevolution und den Sturz des Salazar-Regimes einläutete. Auch das Obristen-Regime in Griechenland hatte keinen Bestand. Selbst die mit US-Hilfe etablierte Pinochet-Diktatur in Chile brach unter dem gemeinsamen Widerstand der Völker zusammen.

3. Und so, wie Internationalismus zur Tradition antifaschistischen Handelns gehört, so ist Internationalismus auch heute Teil unserer Politik:

### **Gemeinsames Handeln**

Dabei kämpfen wir heute glücklicherweise nicht gegen faschistische Regime an der Macht. Aber

das gemeinsame Handeln gegen die sich zunehmend international vernetzenden Kräfte des Neofaschismus und Geschichtsrevisionismus ist eine große Aufgabe der antifaschistischen Kräfte in der FIR und gemeinsam mit anderen antifaschistischen Strukturen. Dazu gehören:

- die aktive Mitwirkung an den Protesten gegen die rassistischen Provokationen von pro-Köln mit dem geplanten Anti-Islam-Kongress 2008,
- die Mobilisierung von Menschen gegen Naziaufmärsche zum 13. Februar in Dresden wie in den vergangenen beiden Jahren,
- die Unterstützung der antifaschistischen Proteste gegen die zunehmenden Aktivitäten von neofaschistischen und extrem-rechten Gruppen und Organisationen in Ungarn. In Budapest planen faschistische Gruppen am 6. März 2010 – getarnt als Wahlkampfveranstaltung – einen internationalen Naziaufmarsch zum „Tag der Ehre“ und ein Konzert mit Musikgruppen aus dem Blood & Honour-Netzwerk.

Auch hier ist zivilgesellschaftlicher und internationaler Widerstand gefragt.

Doch der Internationalismus antifaschistischer Politik beweist sich nicht allein im Protest gegen das Wiederaufleben neofaschistischer Gruppen und Ideologien und in der Solidarität mit Völkern und Menschen, die in anderen Ländern von Faschismus und Rassismus bedroht werden. Zu diesem Internationalismus gehört in allen Ländern auch der praktische Antirassismus. Dabei sind diese Aufgaben in den verschiedenen Ländern unterschiedlich.

### **Gegen rassistische Ausgrenzungen wehren**

In Regionen, die durch eine hohe Arbeitsmigration geprägt sind, kommt es darauf an, den gemeinsamen politischen und gesellschaftlichen Kampf mit den

Organisationen der Migranten zu führen, sich gegen rassistische Ausgrenzungen zu wehren, beispielsweise gegen den dumpfen Antiislamismus von Neonazis und Rechtspopulisten, wie er bei den geplanten Provokationen von NPD und pro NRW Ende März vor der Moschee in Duisburg–Marxloh sichtbar wird.

In einigen Regionen Osteuropas sind besonders Angehörige der Sinti und Roma bedroht und ausgegrenzt. In anderen Ländern sind es Menschen mit dunkler Hautfarbe oder sogenannte „Illegale“, Menschen ohne Papiere – „sans papiers“, wie es im Französischen heißt, die unsere Solidarität benötigen.

### **Humanismus in Aktion**

Unser Antirassismus beweist sich in unserem Eintreten für Opfer rassistischer Justiz-Entscheidungen, wie im Falle von Mumia Abu-Jamal oder der „Cuban five“. Indem wir nicht nachlassen in unseren Protesten verhindern wir, dass diese Verfolgten in Vergessenheit geraten. Hier erweist sich antifaschistischer Internationalismus als „Humanismus in Aktion“, geht es doch darum, das Recht eines jeden Menschen auf Würde und körperliche Unversehrtheit zu verteidigen.

Antifaschismus ist eine internationalistische Kraft damals, heute und morgen, denn unser Internationalismus ist auch ein Gegenentwurf zur Politik der extremen Rechten.

### **Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker**

Che Guevara formulierte einmal so eindrucksvoll: „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“ – unser internationalistischer Antifaschismus ist diese Zärtlichkeit, gepaart mit der Erfahrung des gemeinsamen Handelns im Widerstand, der Kraft und Stärke des gemeinsamen Kampfes gegen dumpfen Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus heute.

Dr. Ulrich Schneider



Statement 1:

## **Das neue Gesicht der Regierungen Einerseits Integrationsversprechen - andererseits brutale Abschiebungen, z.B. der Roma in den Kosovo**

Roman Franz,  
Landesverband Deutscher Sinti und Roma NRW

Die Situation der Roma, die oft schon vor 10, 15 und mehr Jahren als Bürgerkriegsflüchtlinge und als Opfer von Gewalt und Vertreibung zu uns gekommen sind, findet nicht mehr viel öffentliches Interesse. Die letzten größeren Protestaktionen, mit denen die Forderungen nach einem Bleiberecht und auch die oft schlimmen Lebensbedingungen der Zuflucht Suchenden öffentlich wurden, sind lange her.

Es gibt – und das ist anzuerkennen – an manchen Orten sehr engagierte Unterstützerkreise und es gibt Organisationen und Netzwerke, die nach wie vor ihre Stimme erheben. Den betroffenen Menschen nimmt das jedoch leider nicht ihre Angst vor dem jederzeit möglichen Zugriff der Behörden und nicht ihre täglichen Existenzsorgen. Jeder Einzelne bleibt ihnen letztlich ausgeliefert, solange es nicht endlich eine wirkliche Bleiberechts-Regelung gibt. Dazu ist in vier Punkten zu skizzieren:

### **1. Zur aktuellen Situation der Roma-Flüchtlinge bei uns**

Nach unseren Schätzungen leben derzeit in Nordrhein-Westfalen zirka 25.000 Roma mit nicht-deutscher Nationalität. Nur etwa ein Drittel dieser Menschen verfügt über eine Aufenthalts- bzw. Niederlassungserlaubnis, die ihnen Arbeit, gesellschaftliche Teilhabe und Integration ermöglicht.

Ungefähr 16.000-17.000 Angehörige der Roma in NRW sind

als „geduldete Flüchtlinge“ hier. In ganz Deutschland leben schätzungsweise 50.000 Roma-Flüchtlinge, davon sind 20.000 Kinder und Jugendliche.

Die Zahlen in Veröffentlichungen weisen erhebliche Schwankungen auf. Das beruht zum einen darauf, welche Zielgruppen die jeweiligen Institutionen wie Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Innenministerien und Kommunen erfassen und wie systematisch sie das tun. Zum anderen beruht es darauf, dass die Angabe einer besonderen ethnischen Zugehörigkeit in der Regel gar nicht erfasst wird bzw. nicht erfasst werden darf. In Aufenthaltsverfahren ist das inzwischen anders, weil dabei die Zugehörigkeit zu einer Minderheit natürlich von erheblicher Bedeutung sein kann.

Ein Grundsatz in Bezug auf die Darstellung und den Umgang mit deutschen wie nicht-deutschen Sinti oder Roma ist:

Man kann und darf nicht pauschalisieren – auch nicht im Hinblick auf eine vermeintlich klare Gruppe, wie eben Roma-Flüchtlinge. Es gibt nicht die Roma und auch nicht die Roma-Flüchtlinge. Sie sind keine gleichförmige Menschengruppe. Was sie an Lebensläufen und Schicksalen, aber auch an religiös-kulturellen Hintergründen und an Fähigkeiten mitgebracht haben, ist vielmehr höchst unterschiedlich und komplex.

### **Klischee vom Zigeuner**

Ihr Leben als Flüchtlinge bei uns ist allerdings gleichermaßen und nahezu vollständig vom gültigen Aufenthaltsgesetz und von dessen Einschränkungen bestimmt. Darüber hinaus teilen die unterschiedlichen Gruppen die Erfahrung, immer wieder mit traditionellen Klischees vom „Zigeuner“ konfrontiert zu werden.

Die Mehrheit der Roma-Flüchtlinge lebt mit dem Status der Duldung hier – und das seit

vielen Jahren. Duldung heißt: Eine Aufenthaltserlaubnis ist bereits versagt oder gar nicht erst erteilt worden. Es liegt eine rechtsgültige Aufforderung zur Ausreise und eine Abschiebeandrohung vor, die im Prinzip jederzeit vollziehbar ist.

Daher ist die Lebenswirklichkeit der Betroffenen von der ständigen Angst vor einer jederzeit möglichen Abschiebung geprägt. Hinzu kommen die sehr belastenden Lebensverhältnisse in beengten und isolierten Unterkünften und das Leben am absoluten Existenzminimum. Unter diesen Bedingungen leiden besonders die Kinder<sup>1</sup>.

### **2. Die Situation in Südosteuropa**

Roma gehören zu den Hauptleidtragenden der Balkankrise, die zu Beginn der 1990er Jahre eskalierte. Sie führte zu massiven Verfolgungen, Pogromen, Brand- und Mordanschlägen.

Bis heute ist die Lage für die Roma-Minderheiten in allen südosteuropäischen Ländern immer noch prekär<sup>2</sup>.

### **Rücknahme-Abkommen**

Das trifft besonders auf die Menschen aus Ex-Jugoslawien zu. Für die Bundesregierung gelten die Nachfolgestaaten längst als „befriedet“, auch wenn wir und andere Organisationen das nicht so sehen. Mit den neuen Staaten wurden seitens der Bundesregierung Rücknahme-Abkommen geschlossen und auch sehr rigoros durchgeführt.

---

<sup>1</sup> Die Situation der Flüchtlinge und besonders der Kinder hat die vom Zentrum für Antiziganismusforschung im Auftrag der UNICEF erstellte Studie *Zur Lage von Kindern aus Roma-Familien in Deutschland* (2007) eingehend dargestellt. Eine Zusammenfassung ist zu finden unter:  
[http://www.unicef.de/fileadmin/content\\_media/presse/fotomaterial/Roma\\_Konferenz/benz.pdf](http://www.unicef.de/fileadmin/content_media/presse/fotomaterial/Roma_Konferenz/benz.pdf)

<sup>2</sup> Hierzu eingehend: *Breaking the Cycle of Exclusion. Roma Children in South West Europe*. UNICEF 2007:  
[http://www.unicef.de/fileadmin/content\\_media/mediathek/Roma\\_Publication\\_Breaking\\_the\\_cycle\\_2007.pdf](http://www.unicef.de/fileadmin/content_media/mediathek/Roma_Publication_Breaking_the_cycle_2007.pdf)

An dieser Stelle kann nur beispielhaft der Kosovo hervorgehoben werden, da der Streit um ein Bleiberecht angesichts der aktuellen Lage überwiegend Roma aus dem Kosovo betrifft.

### **Brutale Gewaltaktionen gegen Roma**

Aber auch in den meisten anderen Ländern Ost- und Südost-Europas sind Roma weiterhin massiven Diskriminierungen ausgesetzt. Das gilt selbst für Staaten wie Ungarn, Tschechien und die Slowakei, die schon seit längerer Zeit Mitglied der Europäischen Union sind. Darüber hinaus kommt es dort immer wieder zu rassistischen Manifestationen von rechtsextremen Gruppen und zu brutalen Gewaltaktionen gegen Roma bis hin zum Mord. Diese werden von den Behörden bisher nicht wirksam verhindert. Es findet auch keine konsequente Ermittlung und Strafverfolgung der Täter statt.

Vor zwei Jahren hat sich der Kosovo zum unabhängigen Staat erklärt. Infrastruktur und Verwaltung sind in dem Land bestenfalls erst im Aufbau. Dennoch hat die Bundesrepublik Deutschland bereits ein Rückführungsabkommen mit dem Kosovo unter Dach und Fach (seit Juli 2009). Demnach können in den nächsten Jahren bis zu 10.000 Roma abgeschoben werden.

### **Für die bereits abgeschobenen Familien im Kosovo gibt es buchstäblich nichts**

Nach wie vor herrscht tägliche Gewalt gegen Roma im Kosovo. Alle internationalen Organisationen und Institutionen berichten über diese stets gegenwärtige Bedrohung. Für die von Abschiebung bedrohten und für die bereits abgeschobenen Familien im Kosovo gibt es buchstäblich nichts: Keine Wohnungen, keine Arbeitsmöglichkeiten. Ein auch nur annähernd funktionsfähiger Rechtsschutz besteht im Kosovo für Roma ebenfalls nicht.

Besonders für die Kinder der betroffenen Familien ist eine Rückkehr in den Kosovo eine Katastrophe. Die meisten Familien leben seit zehn und mehr Jahren in Deutschland, viele Kinder sind hier geboren. Sie sprechen weder Albanisch noch Serbisch, sondern ihre Muttersprache ist Deutsch. Das Schulsystem im Kosovo ist in keiner Weise auf Rückkehrer vorbereitet, abgesehen davon, dass Kinder der Roma-Minderheit in den Schulen nicht akzeptiert werden.

### **3. Ein „Bleiberecht“ für Wenige**

Im Jahr 2007 wurde erstmals eine so genannte Bleiberechtsregelung durch die Innenminister (der Länder und den Bundes) bis zum 31. Dezember 2009 getroffen. Schon eine ganze Zeit vor dem Ablauf dieser Frist verstärkten die örtlichen Behörden ihre Bemühungen, Roma in den Kosovo abzuschieben.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, viele internationale Menschenrechtsorganisationen und lokale Unterstützergruppen protestierten dagegen und machten auf die anhaltend schlimmen Bedingungen im Kosovo aufmerksam. Sie forderten, diesen überwiegend nun seit zehn und mehr Jahren in Deutschland lebenden Roma einen dauerhaften Aufenthalt zu gewähren. Das taten die Innenminister jedoch nicht, sondern sie verlängerten lediglich mit geringfügigen Änderungen die Bleiberechtsregelung um zwei weitere Jahre<sup>3</sup>.

### **„Aufenthaltsurlaubnis auf Probe“**

Das Wort „Bleiberecht“ ist viel zu hoch gegriffen, denn der Beschluss formuliert nur eine „Aufenthaltsurlaubnis auf Probe“ beziehungsweise seit dem 4./5. Dezember 2009 eine Verlängerung dieser „Probe-Aufenthaltsurlaubnis“. Am

---

<sup>3</sup> Der Beschluss im Wortlaut: [http://www.emhosting.de/kunden/fluechtlingsrat-nrw.de/system/upload/download\\_2111.pdf](http://www.emhosting.de/kunden/fluechtlingsrat-nrw.de/system/upload/download_2111.pdf)

unsicheren Rechtsstatus ändert das nichts. Die Erteilung ist auch an ganz bestimmte Bedingungen geknüpft:

1. Bei Volljährigen muss ein mindestens 8-jähriger, ununterbrochener, legaler Aufenthalt vorliegen. Bei Minderjährigen in Gemeinschaft mit deren Sorgeberechtigten sind mindestens 6 Jahre legaler Aufenthalt erforderlich.
2. Der Lebensunterhalt muss überwiegend selbstständig aus Erwerbstätigkeit gesichert sein. Zwar haben die Innenminister das Arbeitsverbot, das normalerweise mit einer Duldung verbunden ist, aufgehoben. Mit einem „Aufenthalt auf Probe“ stellt jedoch kaum ein Betrieb Bewerber ein. Zusätzlich wird die Lage erschwert durch die allgemeine wirtschaftliche Situation und auch durch die herrschenden Vorurteile gegenüber Minderheiten.
3. Härteste Auswirkungen hat diese Bedingung für schwer Traumatisierte, für Kranke, Behinderte und alte Menschen, die nicht arbeiten können. Diese Personen bekommen natürlich keine Rente aus ihrem Herkunftsland. Sie dürfen aber auch keine Grundsicherung beziehen. Besonders solche älteren Menschen und ihre Familien sind am massivsten unter Druck gesetzt. Es besteht jederzeit die Gefahr, dass gerade die Hilflosesten abgeschoben werden und dass so die Familien auseinander gerissen werden, sobald sie ihre Alten nicht mehr mit versorgen können.
4. Es dürfen keine Straftaten vorliegen. Hinsichtlich der Straffreiheit muss man jedoch wissen, dass Ausländer ganz schnell straffällig werden können. Denn Verstöße gegen Pass-, Melde- oder Mitwirkungspflichten sind in der Regel gleich Straftaten. Und ein Weiteres: Wenn auch nur ein Familienmitglied in die



sem Sinne straffällig wird, fällt das in der Regel auf alle zurück und alle werden abgeschoben.

Über diese Bedingungen hinaus müssen grundlegende Deutschkenntnisse, ausreichender Wohnraum und der Schulbesuch der Kinder gegeben sein. Wenn auch nur eine dieser Bedingungen nicht erfüllt wird, kann jederzeit abgeschoben werden.

#### 4. Folgerungen und Forderungen

Diese hohen Anforderungen machen die Regelung der Innenminister in der Praxis zu einem „Bleiberecht für Wenige“. Und auch für diese Wenigen ist der „Aufenthalt auf Probe“ wieder nur eine vorläufige Regelung.

Der Flüchtlingsrat NRW kam im Herbst 2009 zu folgenden Feststellungen und Forderungen:

- „In Deutschland leben bereits heute wieder fast 100.000 Menschen mit Duldung. Davon leben rund 60.000 länger als 6 Jahre hier. Um die schlimmen sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen zu beenden und den Menschen eine reelle Möglichkeit der Integration zu geben, ist im Mindesten zu fordern:
- Flüchtlinge mit einer Duldung müssen nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland ein Bleiberecht ohne Stichtagsregelung erhalten. Besonders schutzbedürftige Menschen wie Schwerkranke, Traumatisierte, alte Menschen, Menschen mit Behinderungen, unbegleitete Minderjährige, alleinerziehende Frauen mit kleinen Kindern und Opfer rassistischer Übergriffe bereits nach drei Jahren.
- Fehlende Lebensunterhaltssicherung darf kein Hindernis für ein Bleiberecht sein.
- Für die potentiell Begünstigten einer solchen Regelung

muss ein Abschiebestopp erlassen werden.“<sup>4</sup>

Von Seiten unseres Landesverbands können wir uns dem nur voll und ganz anschließen.

Roman Franz

Statement 2:

### **Der „Kampf gegen den Moscheebau“ ist eine moderne Form des Rassismus.**

Jörg Detjen,  
Fraktionssprecher DIE LINKE  
im Rat der Stadt Köln

Liebe antifaschistische Freundinnen und Freunde, Meine Damen und Herren, das 29. Treffen der antifaschistischen Landeskonferenz ist wie schon immer kein Selbstzweck, sondern auch eine Vorbereitung und Mobilisierung gegen Neofaschisten, Rechts-extreme und Rechtspopulisten in Nordrhein-Westfalen. Schon in vier Wochen werden wir uns wiedersehen, auf der Demonstration „Duisburg stellt sich quer!“ Gemeinsam werden wir uns gegen pro NRW quer stellen und dann in den nächsten Wochen durchstarten: pro NRW darf nicht in den Landtag kommen und sie müssen möglichst wenig Stimmen erhalten, damit sie keine Wahlkampfkostenrückerstattung vom Steuerzahler erhalten.

#### **Hochburg der pro NRW in Köln**

Pro NRW hat ihre Hochburg in Köln. Dort sitzt pro Köln seit sechs Jahren im Stadtrat. Als Ratsmitglied kann ich ihr Treiben und ihre Hetze oft erleben und als Mitglied und als Mitorganisator des Bündnisses „Köln

4

[http://www.emhosting.de/kunden/fluechtlingsrat-nrw.de/system/upload/download\\_2060.pdf](http://www.emhosting.de/kunden/fluechtlingsrat-nrw.de/system/upload/download_2060.pdf)

Der Flüchtlingsrat NRW hat auf seiner Homepage zahlreiche weitere Stellungnahmen – auch von internationalen Institutionen sowie von Kirchen, Verbänden, Initiativen und Netzwerken – eingestellt bzw. verlinkt: <http://www.fluechtlingsrat-nrw.de/1384/index.html>

stellt sich quer“ beteilige ich mich schon seit über zwanzig Jahren an Protestaktionen gegen pro Köln und deren Vorläuferorganisationen, Deutsche Liga, Republikaner, dem Ring freier Studentinnen.

Zahlreiche Antifa-Landeskonferenzen haben sich mit pro Köln beschäftigt. Deshalb möchte ich mich mehr auf die aktuellen Entwicklungen konzentrieren.

#### **34 Moscheen in Köln**

Seit 2003 fokussiert pro Köln und dann später pro NRW ihre Politik auf das Thema „Moschee“. 2004 zog pro Köln mit diesem Thema in den Kölner Stadtrat ein. Zu einem Zeitpunkt, wo noch gar nicht klar war, dass wir in Köln-Ehrenfeld eine wunderschöne Moschee bekommen werden. „Moscheen“ gibt's eben überall. Wir haben in Köln 34 Moscheen, als solche meistens gar nicht erkennbar.

pro Köln war in der Stadtgesellschaft lange Zeit total isoliert. Mit ihrer Moscheehetze konnte sie aber ins konservative und neoliberale Lager einbrechen. Ein CDU-Bezirkspolitiker wechselte zu pro Köln und Ralf Giordano verstieg sich zu der Theorie, die Integration sei gescheitert. – Sogar in der linken Szene begegnet man dem Argument „Religionen sind Scheiße. Moscheen sind irrelevant.“

#### **Recht auf Religionsfreiheit**

Alle Demokraten und Antifaschisten sollten eines bedenken:

- Die Religionsfreiheit ist der Artikel 4 im Grundrechte-Katalog.
- Dort sind z.B. auch in Artikel 3 der Gleichheitsgrundsatz und in Artikel 5 die Meinungs- und Pressefreiheit als unänderliche Grundrechte enthalten. Es geht weiter mit Artikel 8 Versammlungsfrei-

heit und dem Artikel 9 Vereinigungsfreiheit.

Damit will ich sagen, das Recht auf Religionsfreiheit ist nicht irgendein Recht, sondern genauso stark verfasst wie die Koalitionsfreiheit. Man muss sich nicht zu einer Religion bekennen, als Demokrat und Linker sollte man aber massiv dieses Grundrecht verteidigen.

### **Monopolanspruch der christlichen Kirchen**

Ende letzten Jahres war ich in Weimar und habe das Goethehaus angesehen und im Buchladen des Museums ein interessante Buch gefunden:

*„Goethe und der Islam“*

von Katharina Mommsen.

Sie beschreibt, dass sich Goethe ab 1771 eingehend mit dem Koran und mit dem Islam befasste, also in der Zeit der Aufklärung. Sein Werk

*„West-östlicher Diwan“*

ist ein Ergebnis dieses Prozesses, der in der Regel in Goethe-Biographien keine Erwähnung findet. Goethe hat sehr früh dem Monopolanspruch der christlichen Kirchen widersprochen. Und als Voltaire eine Schmähschrift verfasste und sich die Figur Mohammeds entlieh, um religiösen Fanatismus zu kritisieren, legte sich Goethe mit Voltaire an.

All das war vor 300 Jahren, als der deutsche Denker und Dichter sich gegen die Hetze gegen den Islam wandte.

In einem Nachwort zu diesem Buch schreibt Peter Anton von Arnim:

*„Aber es gibt auch einen Chauvinismus der Aufgeklärtheit.“ (Seite 440)*

Und an die „deutschen Spießbürger mit ihrer Deutschtümelei“ gerichtet, schreibt er:

*„Ihr kennt eure eigenen Klassiker nicht! Der größte deutsche Dichter hat sich mehrmals zum Islam bekannt.“ (Seite 445)*

Und von Arnim weist zu Recht darauf hin, dass es damals und heute darum geht, mit dem „Eurozentrismus“ den abendländischen Vormachtanspruch zu reaktivieren.

Rechtsextremismus die Mitte der Gesellschaft

Mit der „Moscheefrage“ erreicht der Rechtsextremismus die Mitte der Gesellschaft. Und das Minarettverbot durch einen Volksentscheid in der Schweiz macht deutlich, wie gefährlich diese Diskussion werden kann, die nicht nur den Rassismus beinhaltet, sondern auch den Vormachtanspruch des christlichen Abendlandes wie einen Pflock in die Gesellschaft treiben soll. Das Moscheethema der Rechtsextremen mutiert auch in den Niederlanden und Belgien zu einem europäischen Thema.

Und wenn jetzt in den Niederlanden Neuwahlen stattfinden werden, ist die Gefahr groß, dass die rechtspopulistische Freiheitspartei von Geert Wilders u.a. mit dem Moscheethema, noch mehr als die bisherigen 17 % der Stimmen erhalten kann.

### **Pro NRW paktiert mit Holocaustleugnern**

Ich möchte an einem **zweiten Beispiel** deutlich machen, dass pro NRW sämtliche Register rechtsextremer Politik beherrscht und noch weiter geht:

Am 7. Mai 2008 kündigte pro Köln bzw. pro NRW die Redner für den Antiislam-Kongress in Köln an. Unter ihnen Le Pen, Redner der FPÖ. So nebenbei wird auch der britische Holocaustleugner Nick Griffin angekündigt.

Seit 2007 gibt es auf Initiative unserer Ratsfraktion eine Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus bei der Stadt Köln (ibs).

So eine Stelle ist etwas wert im Kampf gegen den Neofaschis-

mus all seiner Varianten. Also fragten wir die Stadtverwaltung nach den Hintergründen und Äußerungen dieses angekündigten Redners. Die Verwaltung antwortete:

- *1998 war Nick Griffin wegen Aufstachelung zum Rassenhass zu neun Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 2.300 Pfund verurteilt worden, da er den Holocaust als „Schwindel“ („holohoax“) bezeichnet hatte. Im Laufe des Prozesses äußerte er sich folgendermaßen:*
- *„Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass es konventionelle Meinung ist, dass 6 Millionen Juden vergast und eingeschert und zu Lampenschirmen gemacht wurden. Es war auch mal konventionelle Meinung, dass die Erde flach sei ... Ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass die Geschichte der ‚Vernichtung‘ eine Mischung aus alliierter Kriegspropaganda, einer äußerst profitablen Lüge und einer Hexen-Hysterie ist.“*

Dieses Zitat ist ungeheuerlich. Griffin sudelt sich im Blut von Millionen Menschen. Wie kann es kommen, dass nach bundesdeutscher Rechtsprechung es nicht möglich ist, gegen eine solche Person ein Einreiseverbot zu verhängen?

Pro NRW machte einen Rückzieher und behauptete, der Redner sei nie angekündigt gewesen. Ein Ausdruck ihrer Webseite belegte das Gegenteil.

Ein paar Monate später, vor dem 9. Mai 2009, der Folgeveranstaltung des Antiislamkongresses, kündigte pro NRW die Vorsitzende der tschechischen Volkspartei Narodni Strana, Frau Petra Edelmannová an.

Sie war für die „Endlösung der Zigeunerfrage“ eingetreten.

Pro Köln machte hier aber keinen Rückzieher mehr.

### **Die demokratischen Grundrechte ohne Wenn und Aber massiv verteidigen**

Pro NRW paktiert mit Holocaustleugnern, das ist die Realität dieser so genannten rechtspopulistischen pro Bewegung. Wie wahr ist doch die Losung der VVN-BdA:

„Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“.

Wie kann es kommen, dass pro NRW solche Leute einlädt? Ist es nicht geradezu töricht, dass der Verfassungsschutz NRW pro NRW zwischen Rechtsextrem und Rechtspopulistisch einordnet?

Pro NRW darf man nicht verharmlosen. Mit ihrer Hetze greifen sie Minderheiten in unerträglicher Form an. Europaweit nehmen die Übergriffe auf Minderheiten zu.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer setzt sich in seinem Buch

*„Täter, wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden“*

mit der NS-Herrschaft auseinander. Im Kapitel „Alles ist möglich“ entwickelt er die Theorie, dass wenn eine Minderheit aus der Gesellschaft erst einmal ausgeschlossen wird, und zur Gruppe der „Nicht-Zugehörigen“ wird, alles möglich ist und es nur eine Frage der Zeit und der Entwicklung war, wie die Nazis zu Massenmördern wurden:

*„Das Schicksal der europäischen Juden (war) in dem Augenblick besiegelt, als ein Beamter 1933 eine Definition dessen wer ‚arisch‘ war und wer nicht, in einer Verordnung niederlegte.“ (Seite 249)*

Und weiter:

*„Die Ungeheuerlichkeit des nationalsozialistischen Pro-*

*jekts liegt in der gesellschaftlichen Umsetzung der Behauptung, dass Menschen radikal und unüberbrückbar ungleich seien. ... Jeder Schritt im rapide sich vollziehenden Ausgrenzungsprozess der Juden verschlechterte nicht nur deren objektive Lage, sondern verbesserte im selben Zug die subjektive Lage der nicht-jüdischen Deutschen.“ (Seite 249)*

Götz Aly weist darauf hin, dass die Deutschen noch in den letzten Kriegsjahren über den höchsten Lebensstandard der europäischen Länder verfügten. Es lohnte sich fürs deutsche Volk, das NS-Regime zu stützen.

Und wir sollten heute nicht unterschätzen:

Es lohnt, Anhänger von pro NRW zu sein. Sie gehören zur Gesellschaft, so bitter das klingt, sie können zu Wahlen kandidieren und kommen sogar in den Stadtrat. Sie stellen was dar und werden von der Gesellschaft beachtet.

Deshalb ist es so wichtig, dass alle antifaschistischen Kräfte in dieser Gesellschaft die demokratischen Grundrechte ohne Wenn und Aber massiv verteidigen. Religionsfreiheit ist ein Grundrecht und Moscheen eine unverzichtbare Bereicherung der demokratischen Gesellschaft und Kultur.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Minderheiten in der Gesellschaft ausgegrenzt werden. Wenn die Nazis heute die Moscheen zu ihrem Hasssymbol erklären, dann dürfen wir keinen Millimeter nachgeben!

Wenn viele Migrantinnen und Migranten in Deutschland leben wollen, ist das ihr gutes Recht. Und wenn man sich festsetzen will, baut man Häuser und Kirchen. Ist das nicht auch ein Vertrauensbeweis uns gegenüber?

Lasst uns dieses Vertrauen nicht enttäuschen!

Jörg Detjen

Statement 3:

### **Integration leichtgemacht: Gleiche Rechte für alle lebenden Menschen hier**

*Sevim Dagdelen,  
Mitglied des Deutschen Bundestages, Fraktion DIE LINKE*

(Sevim Dagdelen hat ihren Beitrag schriftlich eingereicht, da sie verhindert war, an der Konferenz teilzunehmen)

Lieber Uli, lieber Kurt,  
liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten,  
liebe Freundinnen und Freunde!

### **Logik von Rassismus und Ausgrenzung**

Weil man Deutscher bzw. Deutsche ist, hat man das Recht, gleiche Rechte zu haben. Wer dieses Kriterium nicht erfüllt, hat auch keine bzw. weniger Rechte in diesem Land. Das ist zugespitzt die Logik von Rassismus und Ausgrenzung in Deutschland.

Gerade bei der Forderung nach gleichen Rechten für alle Menschen – also auch in Deutschland – trennt sich die rassistische und Diskriminierung akzeptierende Spure vom solidarischen und vom Gleichheitsgedanken geleiteten Weizen.

Damit meine ich ausdrücklich nicht das bürgerliche Prinzip der Gleichheit. Denn dieses beschränkt sich ausschließlich auf die juristische Gleichheit der Menschen. Diese muss und wird aber bei Fortbestehen der aus der Ausbeutung resultierenden ökonomischen und sozialen Ungleichheit formal bleiben.

Besonders deutlich wird dies bezogen auf Eingebürgerte. Denn die soziale Ausgrenzung besteht unabhängig von der deutschen Staatsangehörigkeit

fort. Trotz rechtlicher Gleichstellung im Zuge der Einbürgerung unterliegen sie Diskriminierungen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie im Alltag. Zahlreiche Studien und wissenschaftliche Untersuchungen zeigen und belegen das.

### **Kann es soziale Gleichheit im Kapitalismus geben?**

Soziale Gleichheit ist mehr als Rechtsgleichheit, wenn diese auch eine Voraussetzung für soziale Gleichheit ist.

Doch kann es diese tatsächlich im Kapitalismus geben?

Aus meiner Sicht nicht. Denn der Kapitalismus ist untrennbar mit der Konkurrenz- und Verwertungslogik, Ausgrenzung und sozialer Selektion verbunden. Und das gilt global genauso wie in den einzelnen Staaten. Global ist das Ergebnis der Konkurrenz die Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten beispielsweise an den Festungsmauern der EU bzw. deren Selektion nach ökonomischer Nützlichkeit. Dafür sorgen im Rahmen der EU-Außen- und Sicherheitspolitik polizeiliche und militärische Gewalt. Das ist die einzige Antwort auf die zerstörerischen Wirkungen des Kapitalismus und Imperialismus der Industriestaaten insbesondere in den Ländern des Südens wie Hunger und Gewalt, wirtschaftliche Perspektivlosigkeit, Verzweiflung und Verfolgung.

### **Nur für Fachkräfte durchlässig**

Für Migrantinnen und Migranten sind die europäischen Festungsmauern nur dann durchlässig, wenn sie als Fachkräfte und billige Arbeitskräfte gebraucht werden. Flüchtlinge, die als nicht verwertbar gelten, stoßen auf abgeschottete Grenzen. Oder, wenn sie es denn mal in die EU geschafft haben, auf eine immer brutale Abschiebepaxis.

### **Selektion in „Verwertbare“ und „Überflüssige“**

Die Konkurrenz- und Verwertungslogik ist mit einer Selektion in „Verwertbare“ und „Überflüssige“ und einer Politik der Ausgrenzung verbunden. Es ist nicht mehr weit bis zum Rassismus. Denn wenn die soziale Einbindung über die fortlaufenden sozialen Härten nicht mehr funktioniert, dann bietet man den Menschen Zugehörigkeit über ihre Abstammung, die „Nation“, die „Rasse“ an.

In Krisenzeiten wie diesen, in denen für immer weniger Menschen Perspektiven bestehen, schafft die Angst vor dem sozialen Abstieg bis weit in die Mittelschichten hinein Raum für Ideologien bzw. ideologische Versatzstücke der Abgrenzung, Abwertung und Ungleichheit.

So sind auch rassistische Forderungen längst nicht mehr nur auf rechte Parteien und Gruppen beschränkt. Erinnert sei nur an das Interview mit dem Vorstandmitglied der Bundesbank und ehemaligen Finanzsenator von Berlin Thilo Sarrazin in „Lettre Internationale“ Ende 2009. Seinen üblichen sozialchauvinistischen und sozialdarwinistischen Gedanken fügte er da ganz zeitgemäß noch eine biologistische (rassistische) Note hinzu.

„Jemanden der nichts tut, muss ich auch nicht anerkennen. Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert. Das gilt für siebzig Prozent der türkischen und für neunzig Prozent der arabischen Bevölkerung in Berlin“.

Türken und Arabern wird die Integrationsfähigkeit aufgrund ihrer ethnisch-kulturellen Herkunft abgesprochen. Sarrazin mobilisiert hier aber nicht nur einen aggressiven Abwehrreflex gegen eine angebliche „Überfremdung“. Er bietet auch

ähnliche Lösungsvorschläge wie z.B. die NPD an:

- Keine Aufnahme mehr von Migrantinnen und Migranten – natürlich außer Hochqualifizierten,
- Ein generelles Heiratsverbot im Ausland und damit verbunden die Verhinderung von Ehegattennachzug bzw. Familienzusammenführungen und
- Ausgliederung von Migrantinnen und Migranten aus dem deutschen Sozialversicherungssystem.

Seine ganz im Sinne des kapitalistischen Systems befindliche Konkurrenz- und Verwertungslogik weist also eine große Schnittmenge mit den Nazis auf. Die sozialen Bedürfnisse der Menschen werden hinter die Fragen nach Gewinn, Rendite und Wachstum zurück gestellt. Und er steht nicht alleine dar.

### **„Deutsche Zustände“**

Die unter dem Titel „Deutsche Zustände“ von einer Forschergruppe um Wilhelm Heitmeyer regelmäßig vorgelegten Ergebnisse zeigen konstant hohe Zustimmung zu verschiedenen Formen von Ausgrenzung. Knapp 60 Prozent stimmen so der Aussage zu, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben. 35 Prozent sind der Ansicht, bei knapper werdenden Arbeitsplätzen sollten die Ausländer in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden. Mehr als 40 Prozent der Befragten fordern mehr Rechte für diejenigen, die in Deutschland etabliert sind (Heitmeyer 2007, S. 23 ff.).

### **Rolle als „Tabubrecher“**

Von dieser Form der Normalisierung von Ausgrenzung und Rassismus kann auch die extreme Rechte mal mehr mal weniger selbst mit ihren Politikangeboten profitieren. Sie spielen eine nicht unwesentliche Rolle als „Tabubrecher“. Das zeigen auch ihre letzten

Wahlkämpfe. Bei der NPD hieß das „Quittung für Hartz IV“, „Schnauze voll“ und „Grenzen dicht“, bei der DVU unter anderem „Deutsche Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“, „Kriminelle Ausländer raus“ und „Sauerei Hartz IV“. Mit Parolen gegen Hartz IV sowie Migrantinnen und Migranten haben sie mittlerweile hinreichend Nachahmung gefunden wie zum Beispiel aktuell durch den deutschen Außenminister Westerwelle.

### **Von der Verteilungsfrage ablenken**

Weil angesichts der Krise die Verteilungskämpfe in den kommenden Jahren heftiger werden, versuchen Westerwelle und andere, die Menschen zu spalten, um von der Verteilungsfrage abzulenken.

Damit versuchen sie von den eigentlichen gesellschaftlichen Problemen, wie der wachsenden Armut für die Mehrheit und dem steigenden Reichtum Weniger abzulenken. Und sie nähren so den Boden für die menschenverachtende Ideologie der Nazis.

Liebe Freundinnen und Freunde,

im Kern richten sich diese Aussagen wie die von Westerwelle, Sarrazin, Rüttgers, Koch und etliche ihrer Unterstützer gegen eine solidarische, gegen eine gerechte Gesellschaft. Sie wollen die Menschen spalten. In wirtschaftlich nützliche und unnütze. In Deutsche und Migranten.

### **Profitlogik gefährdet den Frieden**

Es sind aber nicht die Migranten, die der Bewahrung der Lebensgrundlagen im Wege stehen, sondern es ist die Logik einer Wirtschaft, deren höchstes Ziel der Profit ist, die den sozialen Frieden ebenso bedroht wie die Lebensgrundlagen von Migranten. Die wirklichen Konflikte, die uns den Weg in eine gerechte Ge-

sellschaft tatsächlich versperren, werden verschwiegen.

### **Die wahre Konfliktlinie**

Die wahre Konfliktlinie in unserer Gesellschaft verläuft nicht zwischen Deutschen und Migranten. Sie verläuft auch nicht zwischen denen, die Arbeit haben, und denen, die keine Arbeit haben. Sie verläuft nicht zwischen den Kulturen. Sie verläuft nicht zwischen den Religionen und sie hat auch nichts mit der staatsrechtlichen Herkunft der Menschen zu tun.

Nein, liebe Freundinnen und Freunde,

die echten Konfliktlinien verlaufen zwischen denen, die für ihre Arbeitsleistung gerade einmal einen mäßigen Lohn bekommen, und denen, die sich an der Arbeit ihrer Mitmenschen hemmungslos bereichern.

Die Konfliktlinie verläuft zwischen denen, die nur ihre Arbeitskraft am Markt anbieten können, und jenen, die diesen Markt mit reichlich Kapital steuern. Die echte Konfliktlinie verläuft zwischen solchen jungen Menschen von heute, die schon ab der Wiege ausgesorgt haben, und jenen, die sich ein ganzes Leben lang ohne wirkliche Chancen plagen werden.

Die Konfliktlinie verläuft zwischen denen, die ohne Arbeit leben und bleiben, und jenen, die ihren Beschäftigten Überstunden und Mehrarbeit abverlangen. In der Vermittlung dieser Konflikte liegt aller Anfang für eine wirklich solidarische Gesellschaft für alle Menschen.

### **Gegen Spaltungsversuche kämpfen**

Aus all diesen Gründen, ist es wichtig gegen diese Spaltungsversuche zu kämpfen. Aufzuklären. Sich zu verbünden! Gegen jeden Angriff auf die schwächsten in unserer Gesellschaft sofort und ohne Wenn und Aber aufzustehen und diese Angriffe zu vereiteln. Denn man sieht aktuell, wie ein ein-

mal an Flüchtlingen und Asylbewerbern erfolgreich angewandtes Unrecht, wie z.B. die Residenzpflicht oder das Sachleistungsprinzip, sich ausdehnt auf HARTZ-IV-Empfänger.

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Forderung nach gleichen Rechten für alle entspringt der Verbindung eines universellen humanistischen Menschenbildes mit sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe für „Alle“.

Mein Grundsatz ist: Menschen suchen sich nicht aus, wo sie geboren werden. Sie sollten aber das Recht haben zu wählen, wo sie leben wollen. Und wenn ich das zu meiner Ausgangsüberlegung mache heißt das für die praktische Alltagsarbeit – ich möchte das nur schlaglichtartig kurz skizzieren:

### **1. Arbeit, (Aus-) Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht!**

Das deutsche Bildungssystem ist ungerecht. Es benachteiligt Kinder aus sozialdiskriminierten Familien, Kinder mit Migrationshintergrund, Kinder mit Behinderungen. Es ist skandalös und nicht hinnehmbar, dass die soziale Herkunft über den Bildungsweg von Menschen entscheiden. Deshalb fordert DIE LINKE. eine flächendeckende, umfassende und gebührenfreie ganztägige Betreuung für alle Kinder ab dem ersten bis zum 14. Lebensjahr. Wir wollen das mehrgliedrige selektive Bildungssystem abschaffen und Gemeinschaftsschulen einführen und ein flächen- und bedarfsgerechtes ganztägiges Schulangebot schaffen. Eine gesetzliche Umlage soll die Konkurrenzsituation entschärfen und Ausbildungsplätze sichern. Eine radikale Arbeitszeitverkürzung kann die Arbeitsmarktsituation verbessern und ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro das Lohndumping verhindern.



## 2. Wer in Deutschland lebt, muss hier auch arbeiten dürfen!

Zehntausende dürfen in Deutschland nicht arbeiten. Zahlreiche rechtliche Einschränkungen und Diskriminierungen erschweren den Zugang zum Arbeitsmarkt. Oft werden die im Herkunftsland erworbenen Qualifikationen nicht anerkannt. Diese Hindernisse müssen beseitigt werden. Migrant/innen haben ein Recht auf eine vereinheitlichte, erleichterte und beschleunigte Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Abschlüsse.

## 3. Gleiche Rechte auch für Flüchtlinge!

Viele Flüchtlinge, Asylsuchende und Menschen ohne gesicherten Aufenthalt erhalten Gutscheine und Sachleistungen, die ca. 35 Prozent unter dem Sozialhilfesatz liegen. Sie werden in Sammellagern untergebracht und durch die „Residenzpflicht“ in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Das Abschiebungshäftlinge die Kosten ihrer Haft und der Abschiebung auch noch bezahlen müssen, ist der zynische Höhepunkt einer rassistischen Abschiebep Praxis. Es muss Schluss sein mit den zahlreichen Verletzungen der Menschenwürde und den diskriminierenden Regelungen. Das Asylbewerberleistungsgesetz und die Abschiebehäftlinge müssen abgeschafft werden. Auch Menschen ohne Aufenthaltspapiere haben das Recht auf Bildung, Gesundheit und gerechte Bezahlung für geleistete Arbeit.

## 4. Diskriminierungsschutz wirksam umsetzen!

Kulturalistische und rassistische Diskriminierung ist kein Kavaliersdelikt. Diskriminierungsgesetze müssen endlich auch in Deutschland das Recht erhalten, sich wirksam gegen Unrecht wehren zu können. Die Rechte der Einzelnen dürfen auch nicht den Interessen der Wirtschaftsverbände und der

Unternehmen geopfert werden. Deshalb fordert DIE LINKE, dass Benachteiligungen aufgrund der sozialen Herkunft als Diskriminierungstatbestand in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufgenommen werden. Darüber hinaus brauchen wir das Verbandsklagerecht und die Beweislastumkehr. Niemand sollte wegen seiner „Hautfarbe“, „Sprache“, „Nationalität“ oder „Staatsangehörigkeit“ diskriminiert werden dürfen.

## 5. Wer in Deutschland lebt, muss hier auch wählen dürfen!

Politische Rechte müssen dort gewährleistet werden, wo der Lebensmittelpunkt der Menschen ist. Menschen, die hier leben, müssen über die Politik mitbestimmen können, die ihr Leben bestimmt. Das heißt: allgemeines aktive und passive Wahlrecht. Gleiche Rechte dürfen nicht an die deutsche Staatsangehörigkeit gekoppelt werden. Solange dies aber der Fall ist, muss es wesentlich einfacher möglich sein, gleiche Rechte über erleichterte Einbürgerungen zu erlangen.

In diesem Sinn möchte ich dem Slogan der VVN-BdA voll und ganz zustimmen: Lieber solidarisch als solide arisch! Das muss unsere Antwort sein!

Sevim Dagdelen

*Statement 4:*

**Der Migrant als Nazi?  
Keine Zusammenarbeit  
mit „Grauen Wölfen“  
und anderen Rechten.**

*Düzgün Altun,  
Bundesvorstand DIDF  
(Föderation demokratischer Arbeitervereine)*

Liebe Freunde und Freundinnen,

die Frage, die wir uns stellen, ist nicht, ob eine Zusammenarbeit mit den reaktionären und nationalistischen Kräften möglich ist, sondern wie wir sie gemeinsam bekämpfen können,

und den Einfluss, den sie unter den Türkei-stämmigen Arbeiterinnen/Arbeitern und Jugend haben, zurückdrängen können. Denn, ihre reaktionäre und nationalistische Politik ist ebenso Gift für ein besseres Zusammenleben wie die herrschende Politik.

## Organisationen und Ideologie der türkischen Rechte

Als Graue Wölfe (türkisch: Bozkurtçular) werden die Anhänger der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) und der von dieser Abgespaltenen islamisch-nationalistisch orientierten Großen Einheitspartei BBP aus der Türkei bezeichnet.

Nach der Sage der panturanistischen Ideologie (d.h. der türkisch-nationalistischen Ideologie) wurden die Turkstämme im 8. Jahrhundert von einem Wolf in das Gebiet der heutigen Türkei geführt. Der „Graue Wolf“ (Bozkurt) also ist nach dieser Legende der Retter und der Wegweiser der türkischen Stämme nach Kleinasien.

Die türkischen Faschisten sehen den „Graue Wolf“ als ihr Symbol für die Geschlossenheit und Macht ihrer Nation.

## Antikommunistische Kampfvereine als Vorläufer

Anfang der 1960er wurden in der Türkei unter der Führung des inzwischen verstorbenen Alparslan Türkeş (ein Oberst) die „Antikommunistischen Kampfvereine“ als Vorläufer der MHP gegründet. 1969 wurde dann die MHP gegründet.

In den 1970ern und 1980ern haben sich die Anhänger der MHP und ihres Jugendverbandes verstärkt auch als „Graue Wölfe“ bezeichnet.

Die faschistische Bewegung stützt sich auch auf den fanatischen „Idealismus“.

Der Ausgangspunkt ist ein vom Panturanismus geprägter idealistischer Nationalismus. Dieser beinhaltet einen ausgeprägten

„Rassismus“ gegenüber allen nicht-türkischen Bevölkerungsteilen im eigenen Land.

### **Bedeutung des Islam**

In der Gründungsphase lehnte die politische Führung der MHP den Islam als ein Kernelement ihrer Bewegung anzuerkennen ab. Im Zentrum ihrer Ausrichtung war die vorislamische Zeit. Im weiteren Verlauf kam es zu einer Umorientierung und dem Islam wurde eine stärkere Bedeutung zugeschrieben. Anfang der 90er Jahre spaltete sich eine „religiöse“ Gruppe ab und gründete die BBP (Große Einheitspartei). Diese vertritt die Auffassung, dass der Islam als zentrales Element stärker mit dem Nationalismus in Einklang gebracht werden muss.

Die Konzentration auf den Islam war für die faschistische Bewegung in der Türkei aus zweierlei Gründen nützlich.

Zum einen konnte man sich auf die Theorien des groß-türkischen Reiches Turan berufen, zum anderen diente die „türkisch-islamische Synthese“ als „Rekrutierungsfaktor“ für die Beeinflussung breiter Bevölkerungsgruppen. Die Religion (Islam) dient also als ein Schutz gegen die „kommunistische Gefahr“ und als wirksamer Faktor für die nationale Einheit.

### **Die Neun-Strahlen Doktrin von Alparslan Türkes**

Im Zentrum der Programme der MHP und anderer rechtsextremer Bewegungen in der Türkei steht die „Neun-Strahlen-Doktrin“. Diese Doktrin umfasst die Lehre der sechs Grundpfeiler von Atatürk, um so einen Bezug zur offiziellen Staatsideologie herzustellen (der Nationalismus ist immer noch in der Verfassung der Türkei verankert).

Seit den 1980er spricht man vom „östlichen Türkentum“ (von Aserbaidschan bis zur Mongolei), vom „westlichen Türkentum“ (Türkei), und mit Beginn der Migration nach Europa, spricht man von dem „Europäi-

schen Türkentum“ als drittes Glied.

Damit werden die Migrantinnen und Migranten angesprochen, die zwar ihren Lebensmittelpunkt in Europa haben, aber dennoch ihre türkisch-nationalistische Identität weiter verbreiten und für türkisch-nationalistische Interessen mobil gemacht werden sollen. Politisch sollen dadurch die Bindungen für eine starke türkisch-nationale Lobby aufrecht erhalten werden.

Fast alle dieser Organisationen fordern ihre Mitglieder auf, die jeweilige Staatsangehörigkeit anzunehmen. Vor allem werden sie auch dazu motiviert, in allen institutionellen, politischen, sozialen und kulturellen Einrichtungen verstärkt ihre Existenz bzw. ihr „türkisches“ Dasein zu betonen.

### **Enge Kontakte zur NPD**

Bis Anfang der 90er Jahre gab es zwischen den Grauen Wölfen und der NPD nahe Kontakte. Auch zur CDU und CSU vor allem zu dem damaligen CSU-Chef Franz Josef Strauß gab es enge Beziehungen.

Mittlerweile gibt es in Deutschland mehr als 300 Vereine, Gemeinden und Moscheen, die unter dem Einfluss der türkisch-rechtsextremer Organisationen aktiv sind.

Die Grauen Wölfe sind in Deutschland in so genannten Idealistenvereinen (Ülkücü-Vereinen) der Deutschen Türkischen Föderation(ATF) organisiert, der Teil des europaweiten Dachverbandes ADÜTDF (Europäische Föderation der Türkischen Demokratischen Idealistenvereine mit Sitz in Frankfurt) ist. Daneben existieren Vereine der 1987 von der ADÜTDF abgespaltenen Türkisch Islamische Union Europa (ATIB- mit Sitz in Köln), die eine stärkere Orientierung auf den Islam als maßgebendes Element des Türkentums propagiert.

### **Einflüsse/Gründe**

Auch wenn die politischen Entwicklungen in der Türkei die politische Orientierung, die Haltung und die Ausrichtung der Türkeistämmigen in Deutschland stark beeinflussen, sind doch die hiesigen politischen Rahmenbedingungen von nicht geringerer Bedeutung.

Die „Ethnisierung sozialer Probleme“ werden von beiden Seiten sowohl der herrschenden Politik hier wie auch der reaktionären türkischen Kräften fortgeführt.

Sie profitieren von der gesellschaftlichen Diskriminierung sowie Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten und nutzen diese Tatsache für ihre politischen Inhalte und Ziele aus.

Wir stehen heute angesichts der politischen Stimmung mehr denn je vor der Aufgabe, gegen Spaltung und Ausgrenzung und Nationalismus jegliche Art vorzugehen.

Liebe Freunde und Freundinnen,

wo wir doch gerade jetzt in Zeiten der Krise und des stärker werden von nationalistischen und rassistischen Organisationen, unsere Kräfte bündeln, den gemeinsamen Kampf für eine bessere Zukunft stärken müssen, versucht die herrschende Politik unter dem Deckmantel von „Kulturkämpfen“, „Integrationsunfähigkeit“, „Islamphobie“, „Terrorgefahr“ etc. einen größeren Keil zwischen Migranten und Deutschen zu treiben.

### **Ethnische und religiöse Unterschiede werden instrumentalisiert.**

Angstmacherei, das Schüren von Vorurteilen und Pauschalierung war und ist immer ein bewährtes Mittel für die Herrschenden und Nationalisten um von den wirklichen Ursachen der Zustände abzulenken und ethnische und religiöse Unterschiede für ihre wirtschaftlichen

und politischen Interessen zu instrumentalisieren.

### **Profiteure der Islamphobie**

Neonazis, rechtskonservative Parteien und Politiker, aber auch imperialistische Staaten und Regierungen profitieren heute von der Islamphobie, die sie eigens heraufbeschworen und geschürt haben. Ohne die Islamphobie würde man schließlich auch den Krieg in Afghanistan schwer vermitteln können.

Andererseits dürfen wir auch nicht ausblenden, dass wenn so viele Menschen sich beeinflussen lassen, es wohl oder übel Zustände gibt, die dieser Phobie eine Basis bieten.

### **Missbrauch der aufrichtigen Gefühle der Muslime**

Da sollte man insbesondere denjenigen politischen Kräften unter den Migrantinnen und Migranten auf die Finger schauen, diese auf keinen Fall unterschätzen oder gar als „kulturelle Eigenart“ tolerieren, denn sie missbrauchen nur die aufrichtigen Gefühle der Muslime. Meistens indirekt, betreiben sie das gleiche Spiel, wenn sie den politischen Hintergrund dieser Phobie verheimlichen

und den muslimischen Migrantinnen und Migranten propagieren, dass sie nur aufgrund ihres Glaubens bzw. ihrer Herkunft wegen Zielscheibe wären und sich daher noch mehr in ihrem Glauben und ihrer ethnischen Herkunft und Kultur einschließen müssten. Gerade deswegen kann es nicht darum gehen unkritisch gegenüber den Kräften zu stehen, die die Religion und Moscheen für ihre nationalistischen und reaktionären Interessen missbrauchen.

In diesem Zusammenhang liebe Freunde, geht es in unseren antifaschistischen Kämpfen auch nicht darum Moscheen zu schützen.

### **Gemeinsame Interessen erkennen und in den Vordergrund stellen**

Das ganze allein aus der Perspektive des Glaubens und der Kultur zu betrachten, wäre fatal. Die verschiedenen Religionen und Kulturen können miteinander auskommen, insofern die gemeinsamen Interessen erkannt und in den Vordergrund gestellt werden. Das ist nämlich das einzige Gegengift gegen jegliche Art von religiöser und kultureller Phobie und Nationalismus.

Dafür stehen wir als DIDF ein und versuchen nicht die Unterschiede, sondern die Gemeinsamkeiten zu stärken und Migrantinnen und Migranten in das hiesige gesellschaftliche Leben und in die gesellschaftlichen Kämpfe zu involvieren.

Diese wichtige Aufgabe, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir aber nur hinkriegen, in dem wir in den sozialen Kämpfen besser zusammenarbeiten, in den Betrieben, in den Schulen, auf den Universitäten und in der Nachbarschaft das tägliche Leben zusammen gestalten.

Vielen Dank

Düzgün Altun



Arbeitsgruppe 1:

## **Die „pro-NRW“-Gruppe stoppen - Erfahrungsberichte aus den Städten**

### **Pro NRW-Landtagswahlprogramm: Nur alter Wein in neuen Schläuchen?**

Zu den am 9. Mai stattfindenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen tritt erstmals auch der pro Köln-Ableger pro NRW mit einer Landesliste an. Ob die selbsternannten „Rechtspopulisten“ auch in den Wahlkreisen Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen werden, kann im Moment noch nicht beurteilt werden – man kann davon ausgehen, dass die Rechtspartei dort, wo sie relativ stark ist, d.h. im südlichen Rheinland und Teilen des Ruhrgebiets, auf Ebene der Wahlkreise antreten wird. In den übrigen Landesteilen, wo es oftmals keine arbeitsfähigen und öffentlich auftretenden pro NRW-Strukturen gibt, werden die Wählerinnen und Wähler wohl von den rechten Herrschaften verschont bleiben.

### **pro Köln-Anhängsel**

Das es sich bei pro NRW in der Tat um ein pro Köln-Anhängsel handelt, der Schwanz also genau genommen mit dem Hund wedelt, zeigt die Landesliste: Von den ersten vier Plätzen werden drei von Personen aus dem engsten pro Köln-Führungskreis besetzt. Markus Beisicht und Judith Wolter kandidieren auf den Plätzen 1 und 2, dann folgt der Gelsenkirchener Stadtrat Garry Hauer, nach ihm tritt auf Platz 4 mit Markus Wiener wieder ein Kölner an. Auch die Plätze 6 und 8 werden mit Daniel und Bernd M. Schöppe von pro Köln-Urgesteinen besetzt. Mit Ausnahme von Hauer und Fabian Thies (Listenplatz 7), der Stadtrat in Lemgo ist, kommen alle anderen 10 Kandidatinnen und Kandidaten aus dem unmittelbaren Kölner Umland. NRW ist deutlich größer.

### **Sieben Minarette, die wie Raketen aussehen**

Schaut man sich das Wahlprogramm der sich selbst als „patriotische Oppositionsbewegung“ apostrophierenden Gruppe an, die sich das Bewegungsmäntelchen umhängt, um sich von den anderen Parteien in der öffentlichen Wahrnehmung abzusetzen, fällt sofort die Titelgrafik auf: Eine schwarz-rot-goldene Fahne ist mit sieben Minaretten besetzt, die wie Raketen aus dem „deutschen Boden“ ragen. Davor eine schwarze Figur, deren Geschlecht und Identität nicht zu erkennen ist, da sie bis auf einen schmalen Schlitz für die Augen komplett verhüllt ist. Unterschrieben ist das Ganze lediglich mit einem einzigen Wort: Stopp, dessen o wird von einer durchgestrichenen Moschee gebildet. Dazu kommen noch der Slogan „Deshalb pro NRW“ und die Internetadresse. Entlehnt wurde das Motiv von der rassistischen Schweizer Initiative für ein Moscheebauverbot, hinter der in erster Linie die Schweizerische Volkspartei (SVP) steckte.

### **Völkischer Rassismus**

„Zuwanderung begrenzen, Islamisierung stoppen“ ist dazu passend das erste Kapitel des Landtagswahlprogramms überschrieben und in der Tat bildet völkischer Rassismus, der sich als Antiislamismus darstellt, den wichtigsten Teil der inhaltlichen Aussagen. Perfiderweise beginnt der genannte Teil mit einer Erinnerung an die sozialliberale Bundesregierung unter Willy Brandt und dem von ihr verhängten Anwerbestopp ausländischer Arbeitskräfte im Jahr 1973. Es folgen die üblichen rassistischen Kampfbegriffe: „Masseneinwanderung“, „drohende Überfremdung“, „Parallelgesellschaften“. Bis dahin also nichts Neues.

### **Neuer Zungenschlag**

Dann aber kommt ein neuer Zungenschlag ins Spiel: Unterschieden wird zwischen „ehrli-

che(n) Einwanderer(n) aus Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Vietnam“ einerseits und der „türkische(n) – und regional arabische(n) – Einwanderergruppe“, die „eine starke Tendenz zur Bildung einer Parallelgesellschaft“ habe. Schuld daran sei, so pro NRW, „die islamische Religion dieser Einwanderer“. Weiter geht es dann mit einer antiislamischen Suada.

### **Rassismus kulturell und religiös bemäntelt**

Dass der Islam nur ein Vorwand ist, hinter dem sich der alte rechte Rassismus verbirgt, zeigt die sich anschließende Forderung „eine strikte Begrenzung der Einwanderung...pro NRW sagt NEIN zur Einwanderung in unsere Sozialsysteme, zu Asylmissbrauch, Überfremdung und Islamisierung“. Es ist sicherlich nicht falsch zu behaupten, dass pro NRW den seit etwa 10 Jahren grassierenden Antiislamismus, benutzt, um an eine scheinbar erfolgreiche Bewegung anzuknüpfen und ihren Rassismus als kulturell und religiös motiviert zu bemänteln.

### **Auf den ersten flüchtigen Blick antikapitalistisch erscheinend**

Das es darum geht, zeigen auch die Forderungen im Kapitel „Soziale Gerechtigkeit schaffen“, das insgesamt einen neuen Aspekt im Programm bildet. Soziale Themen tauchten erstmals in Ansätzen in den Kommunalwahlprogrammen im vergangenen Jahr auf. Vorher war pro Köln, pro NRW führte damals noch ein Schattendasein, programmatisch eher eine typische Mittelstandspartei, bei der es kaum einen sozialen Anspruch gab. Mit den Überschriften „Turbo-Kapitalismus stoppen – soziale Marktwirtschaft neu beleben“ sowie „Das Börsen-Casino schließen, den Finanzmarkt regulieren und Anlagesicherheit wiederherstellen“ und den ihr folgenden, auf den ersten flüchtigen Blick

antikapitalistisch erscheinenden Ausführungen („Sofortige Einführung eines Mindestlohns...“), springt pro NRW wieder auf eine Bewegung auf, deren Forderungen ihr mehrheitsfähig zu sein scheinen.

### **Einwanderer sind keine Staatsbürger**

Um was es wirklich geht, wird wenige Zeilen weiter klar: „Umgekehrt haben auch die Hilfsbedürftigen alle zumutbaren Anstrengungen zu unternehmen, der Solidargemeinschaft nur solange zur Last zu fallen, wie es unvermeidlich ist. Ausländische Dauertransferempfänger sollen dagegen in einem rechtstaatlich geordneten Verfahren zügig in ihre Heimatländer abgeschoben werden... Nordrhein-Westfalen braucht – wenn überhaupt – nur Zuwanderer, die uns nutzen, und nicht solche, die uns ausnutzen“. Letzteres ist übrigens ein fast wörtliches Zitat des ehemaligen bayerischen Innenministers und späteren Ministerpräsidenten Günther Beckstein.

Dass es Beisicht und seinen Gesinnungsgenossen um völkisches, rassistisches Denken geht, machen sie deutlich, indem sie immer wieder ausdrücklich von Staatsbürgern, denen geholfen werden müsse, reden. Einwanderer aber sind häufig eben keine Staatsbürger. Das der geforderte „Familienkredit“ und der „zinsgünstige Kredit in Höhe von bis zu 20.000 €“ zur „Steigerung der Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung beitragen“ soll, verwundert dann kaum noch.

### **NRW-Wahlprogramm ist ein rassistisches Machwerk**

Alles in allem handelt es sich beim pro NRW-Wahlprogramm einerseits um ein rassistisches Machwerk, wie man es von den Protagonisten erwarten kann. Mit der starken Betonung des Antiislamismus und einer Reihe scheinbar sozialer Forderungen werden allerdings neue Aspekte gesetzt, die Antifaschis-

tinnen und Antifaschisten in ihrer Argumentation berücksichtigen sollten.

Peter Trinogga

*Arbeitsgruppe 2:*

### **Der herrschende Kampf gegen Extremismus ist der Kampf der Herrschenden: Kritik des Extremismusbegriffs und der entsprechenden Praxis.**

Extremismusforschung und ihre Umsetzung in der politischen Praxis durch die Organe der Innenministerien ist keine neue Erscheinung. Antifaschistinnen und Antifaschisten müssen sich jedoch damit auseinandersetzen, dass sich mit der Koalitionsvereinbarung der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung ihre Bedrohungslage verschärft hat. Darin liest sich der Arbeitsauftrag für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wie folgt:

*„Die Entwicklung und Stärkung von Toleranz und Demokratie ist ein zentrales Ziel der Kinder- und Jugendpolitik. Durch ein umfassendes Unterstützungsprogramm, das stets evaluiert wird, wollen wir Kinder und Jugendliche und alle anderen Akteure vor Ort in ihrem Engagement für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, Menschenwürde und Gewaltfreiheit gegen Rechts- und Linksextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus motivieren und unterstützen“. Weiter heißt es: „Gewalttätige und extremistische Formen der politischen Auseinandersetzung nehmen wir nicht hin. Extremismen jeder Art, seien es Links- oder Rechts- extremismus, Antisemitismus oder Islamismus, treten wir entschlossen entgegen. ... Die Ursachen von Extremismus wollen wir mit einem langfristigen Engagement und einer nachhaltigen Prävention bekämpfen. Aussteigerprogramme gegen*

*Extremismus werden wir weiterentwickeln, ihre Finanzierung sicherstellen und dabei Schwerpunkte in gefährdeten Regionen setzen. Die Aufgabenfelder des Fonds für Opfer rechtsextremistischer Gewalt sowie des Bündnisses für Demokratie und Toleranz sollen auf jede Form extremistischer Gewalt ausgeweitet werden. Und weiter geht es um „Die Fortführung der vom Bund geförderten Programme gegen Rechtsextremismus als „Extremismusbekämpfungsprogramme“ unter Berücksichtigung der Bekämpfung links- extremistischer und islamistischer Bestrebungen sowie die Erstellung eines Jahresberichts der Bundesregierung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.“*

Inzwischen hat das beauftragte Schröder-, vormalis Köhler-Ministerium erste Schritte zur Umsetzung dieses Auftrages eingeleitet. Erstens wurden Mittel aus Bundesprogrammen gegen „Rechtsextremismus“ zu Teilen umgeschichtet um der imaginierten Gefahr durch den „Linksextremismus“ entgegenzuwirken. Und zweitens werden Projektträger, die Gelder aus den Bundesprogrammen „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ oder „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ unter Generalverdacht links-extremistischer, verfassungsfeindlicher Aktivitäten gestellt und von den Staatsschutzorganen vor einer Mittelzuweisung durchleuchtet. Das jedenfalls ergab eine ministerielle Antwort auf eine kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten der Linkspartei, Ulla Jelpke.

Nicht zu unterschätzen sind schließlich auch die publizistischen Initiativen, die die Verfassungsschutzämter in den letzten Jahren forciert haben. Nachdem



beispielsweise der Verfassungsschutz in NRW vor einigen Jahren die Comic-Figur „Andi“ auf Ausstellungen und in Schulen auf Reisen geschickt hatte, um die Jugend vor (Rechts-)Extremismus zu schützen, liegen inzwischen drei Andi-Comic-Hefte „CoDeX Comic für Demokratie und gegen Extremismus“ in Massenaufgabe vor: Andi1 gegen „Rechtsextremismus“, Andi2 gegen islamistischen Extremismus und Andi3 gegen „Linksextremismus“.

Diesen und zahlreichen anderen Publikationen, darunter selbstredend auch die jährlichen sog. „Verfassungsschutzberichte“, gemeinsam ist die Denunziation linker und antifaschistischer Arbeit als Variante des auch von „Rechtsextremisten“ geführten Kampfes gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Staatsorgane der BRD.

### Totalitarismuskonzeption

Die ideologischen Wurzeln des „Extremismusbegriff“ sind in der „Totalitarismuskonzeption“ zu finden. Diese wiederum ist sozialpolitisch zurück zu führen auf die Kämpfe der aufstrebenden Bourgeoisie der aufkommenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung, einerseits gegen die alte Klasse der (in Deutschland in

besonderer und erfolgreicher Weise) um ihre Macht kämpfenden Aristokratie, und andererseits gegen die junge Arbeiterklasse, die die Bourgeoisie als ihren Totengräber befürchten musste. So lassen sich erste ideengeschichtliche Ursprünge der Totalitarismustheorie bereits zur Zeit der französischen Revolution nachweisen.

Erste theoretische Geschlossenheit erhielt die Totalitarismustheorie in Italien in den 1920er Jahren durch den bürgerlichen Antifaschismus, getragen von sozialdemokratischen Kräften, der sich mit dem Widerstand gegen Mussolini zugleich erstmals in vergleichender Weise gegen die junge Sowjetunion unter Stalin wandte.

Es waren in den 1950er Jahren der deutsche Politologe Carl Joachim Friedrich und sein US-amerikanischer Kollege Zbigniew Brzezinski, die die Totalitarismustheorie in die bis heute gültige Fassung brachten. Sie führten keine soziologischen, politologischen und empirischen Forschungen über Staaten mit „totalitärer Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche“ durch, um politologisch beschreibbare Gemeinsamkeiten zu ermitteln, sondern legten per Setzung,

also normativ sechs Merkmale für eine „totalitäre Gesellschaftsordnung“ fest. Bezugspunkte waren der Faschismus und die (stalinistische) Sowjetunion.

Diese kurze tabellarische Darstellung der wesentlichen Inhalte der „Totalitarismuskonzeption“ zeigt auf, es gibt keine wissenschaftlich ermittelte, inhaltliche Begründung, sondern diese Doktrin ist eine normative, formal – konstitutionelle Setzung. Weiteres Wesensmerkmal all der angeblichen Merkmale „Totalitärer Staaten“ ist die entschiedene Verharmlosung des Faschismus.

Das erklärt auch, warum dieses Modell keine Konstanz in der Anwendung finden konnte. Es waren die jeweils aktuellen politischen Interessen, die die „wissenschaftliche“ Bedeutung in den politischen Konjunkturen bestimmten, die Totalitarismuskonzeption war und ist immer nur ein politischer Kampfbegriff. Er hatte in Deutschland große innenpolitische Bedeutung bis 1933, als die Parteien der Arbeiterbewegung es nicht vermochten, gemeinsam den aufkommenden Faschismus zu verhindern. Erneut einen Aufschwung bekam die Doktrin 1939 mit dem „Hitler-Stalin-Pakt“, bevor er dann in der Zeit der Antihitlerkoalition 1941-45

Merkmal	Skizzenhafte Anmerkung
Dominanz einer Ideologie	Die faschistische Rassenlehre, den „Gesetzen der Natur“ verpflichtet, wird mit der marxistischen Lehre von der Gesetzmäßigkeit historischer Entwicklungen als Geschichte von Klassenkämpfen formal gleichgesetzt, weil beide Lehren bestimmend für den gesellschaftlichen Alltag gewesen seien.
Terror	Der russische GULAG war als staatlicher Terror gegen „feindliche Klassen“ aufgebaut, zugleich gerichtet gegen tatsächliche oder vermeintliche Gegner in den eigenen Reihen. Dieses Herrschafts-Sicherungsprogramm wird gleich gesetzt mit dem rassistischen Vernichtungsprogramm gegen ganze Völker. Gefährlicher kann die Verharmlosung des Faschismus kaum ausfallen. Zumal mit dieser „Theorie“ nicht erklärbar ist, wieso der Faschismus nur gewaltsam von außen überwunden werden konnte, die Sowjetunion aber aus eigener Kraft ihre Gulags abschaffte.
Monolithisches Einparteiensystem	Diese Setzung mit Blick auf den Faschismus ist unglücklich: Der Faschismus war zwar faktisch ein Ein-Parteien-System, bestimmend jedoch waren Kompetenzkämpfe auf allen politischen Ebenen. Zutreffender ist der Begriff der Polykratie. Auch in den sozialistischen Ländern war bestimmend nicht ein Ein-Parteien-System, sondern der Versuch, der Arbeiterklasse die politische Führung von Staat und Gesellschaft zu sichern. Die formale Gleichbehandlung dieser politischen Ordnungen ist hahnbüchend.
Zentral gelenkte Befehlswirtschaft	Diese Setzung zielte auf eine Inkriminierung jeglicher Verstaatlichungsvorstellungen. Es hat im Faschismus nie eine Verstaatlichung der Wirtschaft gegeben, im Gegenteil, die „Führerwirtschaft“ konnte zu allen Zeiten eine relative Autonomie erhalten.
Staatliches Waffenmonopol	Dieses gesetzte Merkmal ist nun völliger Blödsinn: Konstitutiv für jeden Staat ist sein Beharren auf dem Gewaltmonopol und alleine Verfügungsgewalt über alle Repressionsorgane.
Zentralisierte Kommunikationsmittel	Dieses scheint mir das einzige der sechs Merkmale zu sein, die formal beide Gesellschaftsordnungen aufweisen: Soweit es abzusichern war, gab es ein staatliches Nachrichtenmonopol.

Diese kurze tabellarische Darstellung der wesentlichen Inhalte der „Totalitarismuskonzeption“ zeigt auf, es gibt keine wissenschaftlich ermittelte, inhaltliche Begründung, sondern diese Doktrin ist eine normative, formal–konstitutionelle Setzung. Weiteres Wesensmerkmal all der angeblichen Merkmale „Totalitärer Staaten“ ist die entschiedene Verharmlosung des Faschismus.

erneut an Bedeutung verlor, um dann mit Entstehen des Kalten Krieges vor allem die Wiedereingliederung ehemaliger Nazis in alle staatlichen und wirtschaftlichen Positionen ideologisch abzufedern.

Mit dem Reformstau und der außenpolitischen Notwendigkeit der „Entspannungspolitik“ der 1960er Jahre trat die Totalitarismuskonzeption in ihre größte Krise. Erst mit dem Ende des realen Sozialismus erfuhr die Totalitarismuskonzeption eine wirkmächtige Wiedergeburt – als Extremismuskonzeption, die nicht mehr Staaten, sondern nun Bewegungen zum Gegenstand hat.

### Extremismuskonzeption

Die Politikwissenschaften ließen es sich zu Beginn der 1990er gefallen, vom Verfassungsschutz einen Forschungsgegenstand vorgesetzt zu bekommen. Dem Staatsorgan ist es gelungen, wesentlichen Einfluss auf Forschung und Lehre zu

sowie Uwe Backes vom Hannah-Arendt-Institut Dresden, ebenfalls inoffizieller Mitarbeiter Verfassungsschutz.

Die Extremismuskonzeption besagt, Links- und Rechtsextremismus seien sich einig in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) und beide seien letztlich bereit, ihre Haltung auch mit Gewalt – sprich Terror – durchzusetzen. Das Postulat des Rechtsextremismus von der Ungleichheit der Menschen Rassismus sei mit der FDGO ebenso unvereinbar wie die These des Linksextremismus von der Gleichheit der Menschen, die die Unterdrückung individueller Freiheiten legitimiere. Gerne dargestellt wird diese Konzeption in einem Hufeisenmodell, dessen Merkmal eine Mitte ist, und ein Rand, der sich an den Enden annähert.

Gerne wird die „Annäherungsthese“ begründet mit der angeblichen

Weimarer Ordnung und die Machtübertragung an den Faschismus durch Teile des deutschen Großkapitals und der politisch konservativen Strömung die Extremismuskonzeption in ihren Grundfesten erschüttert.

Im Modell der Extremismuskonzeption wiederholt sich die Methodik der Totalitarismuskonzeption: Bestimmend ist eine konstitutionelle Verortung des Extremismus. Allein die Stellung zur Verfassung ist relevant, eine inhaltliche Beurteilung wird gar nicht erst angestrebt. Dabei obliegt es dem „Verfassungsschutz“ festzustellen, wer verfassungswidrig sei. Die in der Vergangenheit häufig eigenwillige Art dieses Amtes, aber auch anderer staatlicher Ämter, die Verfassung zu interpretieren, ist in den letzten Jahren mehrfach zu Tage getreten (Luftsicherungsgesetz, Datenvorratsgesetz u.a.). Doch Kritik an diesem Amt ist per Definitionem unzulässig und – extremistisch.

In besonderer Weise liegt im Fadenkreuz linksextremistischer Beobachtungen des Verfassungsschutzes der Antifaschismus. Beispielgebend sei aus dem erwähnten Comic Andi3 zum Antifaschismus zitiert:

*„Linksextremisten verstehen sich nicht einfach als Gegenpol zu Rechtsextremisten. Mit dem Begriff ‚Antifaschismus‘ verfolgen sie weitergehende Ziele. Im Zentrum ihrer Ideologie steht die Bekämpfung des Staates und des Kapitalismus, in dem sie die eigentliche Ursache und Wurzel des Faschismus sehen. In diesem Sinne beteiligen sie sich oft an Demonstrationen gegen Rechtsextremisten oder veranstalten diese selbst: nicht, um die bestehende demokratische Ordnung zu stärken, sondern um zu*

### Links- und Rechtsextreme sind sich einig in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates

„Gleichheit“ der Menschen → Unterdrückung individueller Freiheit (Kommunismus)



Ungleichheit der Menschen bedingt unterschiedliche Rechte (Rassismus)

Linksextrem

Rechtsextrem

Hufeisenmodell nach Eckhard Jesse u. Uwe Backes

nehmen.

Namentlich haben den Extremismusbegriff eingeführt: Armin Pfahl-Traugber, fester Mitarbeiter beim Verfassungsschutz, danach FH-Professor, der Politologe Eckhard Jesse von der TU Chemnitz und inoffizieller Mitarbeiter Verfassungsschutz

Zerschlagung Weimars durch die Kämpfe von Rechts und Links mit dem gemeinsamen Ziel, die ungeliebte Weimarer Demokratie zu zerschlagen. Die „Wissenschaftler“ des Staatsschutzes verzichten bis heute nicht auf diese von Historikern klar widerlegte These, weil die Abschaffung der

*beweisen, dass ihre Ideen besser als die jetzige Staats- und Wirtschaftsform sind. Vor allem sprechen Linksextremisten mit dem Slogan ‚Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen‘ ihrem politischen Gegner alle demokratischen Rechte ab, zu denen natürlich auch das Recht zu demonstrieren gehört.“*

### **Bewertungen**

#### **Definitionsmacht**

Wer die Mitte definieren kann ist fein raus. Keine weitere Begründung ist erforderlich, die Begriffsbestimmung

„Extremismus“ ist formal und konstitutionell und entzieht sich einer inhaltlichen Diskussion, sie entzieht sich dem Zwang einer inhaltlichen Belegung.

Beispiel

Verfassungsfeindlichkeit: Eine (partielle) Ablehnung der Verfassung wird (im Bedarfsfalle) als verfassungsfeindlich eingestuft, obwohl das Grundgesetz selber Spielraum für die Diskussion seiner selbst zulässt.

Diese Vorgehensweise ist attraktiv für Menschen, die Missstände (in der Verfassungswirklichkeit) in Ruhe hinnehmen wollen oder die schlicht Ruhe im Land wollen – per Abgrenzung vom „Extremismus“ sind sie einfach mittig u. akzeptiert. Rassismus, Antisemitismus usw. aus der „Mitte“ der Gesellschaft ist per se legitimiert und stößt allenfalls an die Grenzen, wo außen- und außenwirtschaftspolitische Interessen gefährdet sein können.

Ein weiteres Merkmal am Beispiel der oben angesprochenen „Antifaschismus-Definition“ ist, dass die kapitalistische Verfasstheit der Bundesrepublik schlicht zur Verfassungsnorm deklariert wird. Dabei ist das Grundgesetz in der Frage der Wirtschaftsordnung explizit nicht festgelegt! (Erst der in

Verfassungsrang stehende Lissabon-Vertrag der EU schließt diese „Lücke“ des Grundgesetzes). Diese Verbiegung der Verfassungsordnung durch den Verfassungs“schutz“ zieht weiter nach sich, dass die kapitalistischen Strukturen und Voraussetzungen für Faschismus nicht beachtet werden dürfen. Wer es dennoch unternimmt – der muss Extremist sein.

Summa summarum: Mit der Definitionsmacht des Verfassungsschutzes und anderer Staatsorgane kann „Extremismus“ ohne Beleg imaginiert und verfolgt werden – Das weckt Erinnerungen an den „Hexenhammer“.

#### **Missbrauch**

Die Staatsschutzorgane nutzen ihre Definitionsmacht und machen unter dem Schlagwort „wehrhafte Demokratie“ Jagd auf unliebsame Linke.

- Das Familienministerium stellt antifaschistische Gruppen unter Generalverdacht und Überwachung durch den Verfassungsschutz, wenn sie die Aufnahme in ein Anti-Rechts-Förderprogramm der Bundesregierung beantragen.
- Es wird ein Klima der Desavouierung der Antifa aufgebaut. Nahezu allen Medien erschien es völlig legitim, die Dresdner Blockade der Nazis durch Antifaschistinnen und Antifaschisten völlig zu verschweigen.
- Die VVN-BdA wird permanent durch den Verfassungsschutz diskriminiert. Raus in den VS-Bericht, wieder rein in einer Vorab-Version (Bericht 2008), wieder raus usw. - Permanent wird versucht, die VVN-BdA zu – für den Verfassungsschutz – gefälligem Verhalten zu zwingen.
- Für jede/n einzelnen Antifaschistin/en bedeutet

das ständiger Anpassungsdruck, bestraft wird mit Ausgrenzung

- Von großer und zunehmender Bedeutung ist die Positionierung der Bundeswehr gegen „Bedrohungsszenarien“, sprich gegen „Extremismus“, sofern er eine „Terrorgefahr“ darstellt. Die EU wurde verfassungsrechtlich vorgeschickt: EU-Militäreinheiten haben die Aufgabe, innerhalb der EU Terror zu bekämpfen – ein Bedrohungsszenarium, das politische Streiks mit einschließt!

Wie kann es sein, dass das Programm der „wehrhaften Demokratie“ keineswegs die Demokratie und demokratische Grundrechte verteidigt? Hintergrund des Konzeptes „wehrhafte Demokratie“ ist die sog. „Konstitutionelle Diktatur“, die Brzezinski und Friedrich bei der Weiterentwicklung der Totalitarismuskonzeption 1957 konzipiert haben: Sie haben die Totalitarismuskonzeption keineswegs als Gegenstück zur Demokratie verstanden, sondern die erwähnte „Konstitutionelle Diktatur“. Sie mahnten damit „diktatorische“ Rechte an, z.B. für eine antifaschistische Erziehung der Deutschen.

#### **Gewalt**

Ein wichtiges Merkmal in der Anwendung der Extremismuskonzeption durch den Staatsschutz ist die immer wiederkehrende Gleichsetzung von Linker und Rechter Gewalt. Die beiden folgenden Tabellen sind beispielgebend dem aktuellen Verfassungsschutzbericht entnommen.

Merkmale dieser Vergleiche sind: Erstens wird – wie auch bei der historischen Totalitarismuskonzeption – faschistische Gewalt in bedrohlicher Weise verharmlost. Wenn Nazis mit Todestransporten und

Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ *		
Gewalttaten	2007	2008
Tötungsdelikte	0	2
Versuchte Tötungsdelikte	1	4
Körperverletzungen	845	893
Brandstiftungen	24	29
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	1	0
Landfriedensbruch	37	46
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	7	4
Freiheitsberaubung	0	1
Raub	11	10
Erpressung	4	6
Widerstandsdelikte	50	47
Sexualdelikte	0	0
<b>gesamt</b>	<b>980</b>	<b>1.042</b>
Sonstige Straftaten		
Sachbeschädigungen	821	1.197
Nötigung/Bedrohung	146	144
Propagandadelikte	11.935	14.262
Störung der Totenruhe	18	32
Andere Straftaten, insbesondere Volksverhetzung	3.276	3.217
<b>gesamt</b>	<b>16.196</b>	<b>18.852</b>
<b>Straftaten insgesamt</b>	<b>17.176</b>	<b>19.894</b>

Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – links“ **		
Gewalttaten	2007	2008
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	1	3
Körperverletzungen	384	359
Brandstiftungen	51	62
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	2	0
Landfriedensbruch	215	149
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	40	24
Freiheitsberaubung	0	0
Raub	14	13
Erpressung	2	2
Widerstandsdelikte	124	89
Sexualdelikte	0	0
<b>gesamt</b>	<b>833</b>	<b>701</b>
Sonstige Straftaten		
Sachbeschädigungen	1.142	1.468
Nötigung/Bedrohung	52	57
Andere Straftaten	738	898
<b>gesamt</b>	<b>1.932</b>	<b>2.423</b>
<b>Straftaten insgesamt</b>	<b>2.765</b>	<b>3.124</b>

VS-Bericht 2008

Gaskammern drohen, meinen sie es ernst. Sie haben diese Ernsthaftigkeit seit den 1990ern Jahren mit über 130 Morden unter Beweis gestellt. Dieses Gewaltpotential ist strukturell in der Linken unvorstellbar. Und schließlich werden linke „Gewalttaten“, die in der Abwehr faschistischer Provokationen, schlicht Statistiken wie der oben angegebenen zugeordnet.

Und zweitens legitimiert diese Gleichsetzung rechter und linker Gewalt in selbstreferentieller Weise staatliche Gewalt gegen den Antifaschismus. Nazis verstehen diese Sprache und fühlen sich - zu Recht - immer wieder ermuntert, zum auch gewaltsamen Kampf gegen ihre Gegner aufzurufen.

### Soziale Auseinandersetzungen

Der Verfassungsschutz NRW wirft in seinem Bericht 2008, S. 18, der Linken vor, sie will den Kapitalismus überwinden. „Insbesondere will sie das „kapitalistische System“

*überwinden und strebt – unter positiver Bezugnahme auf Lenin und Marx – eine sozialistische Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik an.“*

Der NRW-Ministerpräsident hat diesen verfassungsfeindlichen Umgang mit der Landesverfassung auf dem Höhepunkt der Bankenkrise 2009, als die Banken unvorstellbare Staatsgelder einstrichen, auf die Spitze getrieben. „Wer ein solches Programm beschließt, steht nicht auf dem Boden des Grundgesetzes“, warf er der Linkspartei vor, als diese in ihrem Programm die Energieversorgung „in öffentliches und demokratisch kontrolliertes Eigentum“ forderte. Rüttgers übersah schlicht die Sollvorschrift der Landesverfassung, „Grundstoffe“ seien in öffentliches Eigentum zu überführen.

Wieder zeigt sich derselbe Mechanismus: Per

Definitionsmacht deklarieren Verfassungsschutz u.a. Staatsorgane sozialpolitische Angriffe auf kapitalistische Strukturen als Extremismus. Die Extremismuskonzepte entpuppt sich in erster Linie als (verfassungswidriger) Schutz der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse.

### Konsequenzen für die antifaschistische Arbeit

#### Geschichtsarbeit

Im legitimatorischen Zentrum der Extremismuskonzepte steht aktuell die Geschichtsarbeit in Form der Universalisierung des Faschismus und der Betonung einer Opferrolle der Deutschen. Besondere Bedeutung hat die Delegitimierung des antifaschistischen Widerstandes in Buchenwald („Rote Kapos“), die Delegitimierung der DDR, die Vergleiche DDR/Faschismus in den Gedenkstättenkonzepten (Sachsen, Bund, Sachsen-Anhalt).

Ziel in der Geschichtsarbeit ist die Abschottung des

kapitalistischen Alltags vor einer historischen Begründung grundsätzlicher Kritik von links.

Das muss für Antifaschismus Herausforderung sein, Geschichtsarbeit zur Legitimierung der Extremismuskritik muss attackiert werden.

### Bündnisarbeit

Der Verfassungsschutz arbeitet nicht nur offen zur Isolierung der Antifa, häufig auch verdeckt im Hintergrund. Es gibt zahlreiche Beispiele, in denen Staatsschutzorgane gezielt Bürgermeister, (Kommunal-) Politiker und Multiplikatoren in der Jugendarbeit in „antifaschistischer Aufklärungsarbeit“ gegen den sog. „Linksextremismus“ einweisen. Diese Einflussnahme in politischen Debatten muss beendet und in allen Einzelfällen an die Öffentlichkeit gezeitert werden.

Denn im Kern geht es dem Verfassungsschutz darum, dass bündnispolitische Umfeld des Antifaschismus zu desavouieren, und diese Strategie kann durchkreuzt werden.

### Sozialer und Antifa-Kampf

Die Extremismuskritik zielt, wie oben gezeigt, (präventiv) vorrangig auf die Bekämpfung antikapitalistischer Tendenzen in sozialen Kämpfen und Unruhen. Antifaschismus hingegen kann in soziale Auseinandersetzungen eingreifen und den Schulterschluss mit diesen Bewegungen suchen. Unsere Aufgabe ist es dabei, Argumente zu liefern gegen den demagogischen „Antikapitalismus von Rechts“.

### Extremismus der Mitte

Größte Schwachstelle der Extremismuskritik ist der „Extremismus der Mitte“, für dieses Phänomen hat er keine Erklärungen. Beispiele:

- Die DNVP in Weimar war eine antidemokratische

Partei, aber eine Partei „der Mitte“. Als ihr Mitglied Hugenberg 1933 als Minister der Naziregierung erklärte, „Sozial ist, wer Arbeit schafft“, hat er praktisch das Eingangstor von Auschwitz „Arbeit macht frei“ in Auftrag gegeben.

- "Es wird ja so getan, als ob der Senat die Kinder ins Konzentrationslager schicken wollte." (zur Debatte über höhere Kita-Gebühren, Sarrazin November 2002).
- "Eine große Zahl an Arabern und Türken in dieser Stadt, deren Aufenthalt durch eine falsche Migrationspolitik zustande gekommen sei, hätte keine produktive Funktion, außer für den Obst- und Gemüsehandel." und
- "Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert." (beide Sarrazin September 2009 in Lettre international)

Zum Thema „Extremismus der Mitte“ die Buchempfehlung „Rosen auf den Weg gestreut“ (siehe Literaturliste).

#### Verwendete Literatur

- Veröffentlichungen des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen
- CoDeX Comic für Demokratie und gegen Extremismus, Andi: 1 - Rechts, 2 - Islam, 3 - Links
- Verfassungsschutzbericht über das Jahr 2008
- Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen, Aufgaben - Befugnisse - Kontrolle
- Linksextremismus in NRW

*Erlinghagen, Robert, Klotz, Johannes und Wiegel, Gerd:* Die Renaissance der Totalitarismustheorie. Zur geschichtspolitischen Bedeutung und zur wissenschaftlichen Tragfähigkeit. In Blätter für deutsche und Internationale Politik 1/99.

*Gebhardt, Richard (Hg.):* Rosen auf den Weg gestreut. Deutschland und seine Neonazis. PapyRossa, Köln 2007

*Hafenecker, Prof. Dr. Benno et al.:* Folgenreiche Realitätsverleugnung: Das neue Extremismusbekämpfungsprogramm der Bundesregierung. BBE Newsletter 24/2009

*Informationsstelle Militarisierung:* Krisenmanagement! „Sicherheitsarchitektur“ im globalen Ausnahmezustand. Tübingen, Nov. 2009

*Kiffmeier, Jens et al.:* Kampf gegen Links. Koste es, was es wolle. Berlin, www.news.de, Februar 2010

*Kiffmeier, Jens:* Mit dem Rotstift gegen Nazigeegner?. Berlin, www.news.de, Dezember 2009

*Korte, Jan u. Wiegel, Gerd (Hg.):* Sichtbare Zeichen. Die neue deutsche Geschichtspolitik - von der

Tätergeschichte zur Opfererinnerung. PapyRossa, Köln 2009

*Schneider, Horst:* Hysterische Historiker. Verlag Wiljo Heinen, Böklund 2009.

*Wiegel, Gerd:* Totalitarismus und Extremismustheorie – Historische Genese und politische Funktion. In unsere Zeit – Zeitung der DKP, 27.9.2002 und 4.10.2002

*Wippemann, Wolfgang:* Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich. Rotbuch, Berlin 2009

*Wippemann, Wolfgang:* Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt

Detlev Peickert

### Arbeitsgruppe 3:

**Das Verbot und die Auflösung von Nazi-Kameradschaften, NPD und „autonomen Nationalisten“ gegen die Regierung durchsetzen heißt in NRW, erstmal mit der Spitzelarbeit des Verfassungsschutzes aufzuhören.**

### Die NPD ist der zentrale Gegner

Kameradschaften, „autonome“ Nationalisten sind als Hilfstruppen für die Faschisten unverzichtbar. Sie finden jedoch ihre Grenzen an staatlichen Strukturen, mit denen sie nur schwer umgehen können. Die NPD kann - Zurzeit besser als alle anderen Nazi-Parteien - den Zusammenhang zwischen den einzelnen Gruppierungen herstellen. Sie verfügt über eine Strategie zur Eroberung der staatlichen Macht.

Das die NPD über sich als Partei hinaus denken kann, wird deutlich aus einem Zitat des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt im März 2000 im bayerischen Mühlhausen: „Die NPD ist der Weg, das Reich ist das Ziel“.

Die führenden Funktionäre der NPD denken in Schrittfolgen. Dresden, die Erringung parlamentarischer Funktionen und andere Aktionen sind nur Teile einer Kette, die alle dem Ziel der Erringung der staatlichen Macht dienen.



### Schulungszentren des Faschismus

Insbesondere die parlamentarischen Funktionen spielen dabei eine zentrale Rolle. Die Landtagsfraktionen sind für die NPD Schulungszentren des Faschismus und Geldquelle. Zum Beispiel kassiert die NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, während der fünfjährigen Legislaturperiode ohne einen einzigen Handschlag zu tun, sechs Mill. €.

Oft können die Faschisten in den Parlamenten keine nachhaltige Politik betreiben. Das problematische ist dabei jedoch der Gewöhnungseffekt für die Bevölkerung. Ab einem bestimmten Punkt gehören die Nazis dann einfach dazu.

### Stellung der Parteien zum NPD-Verbot

Die Basis **der Linken** hat die nonpd-Kampagne vorbehaltlos unterstützt. Die **SPD** hat bisher als einzige Partei eine klare Aussprache für ein NPD-Verbot. Während die **Grünen** gegen ein NPD-Verbot sind, obwohl sie jedoch gegen die Neonazis sind.

Die **FDP** ist ein fanatischer Gegner des NPD-Verbotes. **CDU/CSU** haben ein instrumentelles Verhältnis zu den Neofaschisten (mal so mal so).

Insgesamt ist das Verhältnis der Parteien zum Neofaschismus durch Unkenntnis und teilweise auch durch Dummheit gekennzeichnet. Hier einige Beispiele:

- Man will die NPD nicht durch ein Verbot aufwerten. Also einfach ignorieren, **nicht beachten** was die Nazis so treiben.
- Die **Illegalität sei nutzlos**, da sich die Neonazis davon nicht beeindrucken ließen. Außerdem hätte man dann keinen Überblick über deren Aktivitäten mehr.
- Die Neonazis passen gut in die Extremismusdebatte über die Links- und Rechtsextre-

misten und können so **gegen die sozialen Bewegungen instrumentalisiert** werden.

### Der Verfassungsschutz

In Deutschland gibt es nicht **den** Verfassungsschutz. Es handelt sich dabei um 16 Landesämter und ein Bundesamt. Das Bundesamt ist dabei nicht weisungsberechtigt.

Jeder Organisation immanent ist:

1. Das Sichern des eigenen Überlebens als Organisation.
2. Das weitere Wachstum der Organisation.

Das trifft selbstverständlich auch auf die Verfassungsschutzämter zu. Nur durch Zwang gelingt es in der Regel Änderungen herbeizuführen.

Die Verfassungsschutzämter unterstehen den jeweiligen Innenministern. Im Unterschied zu den Ministern sind die Chefs des Verfassungsschutzes jedoch Beamte, die sich nicht Wahlen stellen müssen. Während die Minister „kommen und gehen“ bleiben die Chefs.

Es muss schon erheblicher Druck aufgebaut werden um eine Änderung der Haltung des Verfassungsschutzes herbeizuführen.

Inzwischen sind jedoch bereits ca. ein Drittel der Landesinnenminister für ein Verbot der NPD. Darunter ist auch Lorenz Caffier, Landesinnenminister Mecklenburg Vorpommern, CDU-Mitglied, der die Neofaschisten hautnah im eigenen Land erleben muss.

### Der deutsche Faschismus ist heute handlungsfähiger

Über den historischen Zeitraum ab den 70. Jahren betrachtet, ist der deutsche Faschismus heute handlungsfähiger. Damals waren Nazi-Aufmärsche mit kleinen Teilnehmendenzahlen bereits aufsehen erregend, während heute – wie z.B. am 23. Februar 2010 in Dresden – mehrere tausend Fa-

schisten mobilisiert werden können.

### Den Spies umdrehen

Heute liegt die Initiative noch bei den Faschisten. Sie bestimmen Ort, Zeit und die Aktionsform, während die antifaschistischen Kräfte darauf reagieren müssen.

Auch in Dresden war das so. Aus dem Erfolg der Antifaschisten in Dresden, den Aufmarsch durch Blockaden verhindert zu haben, ergeben sich jedoch Möglichkeiten den „Spies“ umzudrehen und strategisch in die Offensive zu kommen.

### Die Initiative in die Hand bekommen

Insgesamt sollten die Antifaschistinnen und Antifaschisten Aktionsformen präferieren, mit denen sie von der „Reaktion zur Aktion“ kommen. Sie sollten unabhängig „aus sich heraus“ tätig werden.

- Die **nonpd-Kampagne** der VVN-BdA<sup>5</sup> ist ein Mittel die Initiative zurück zu gewinnen. Hier können unabhängig von den jeweiligen Aktivitäten der Neonazis eigene Akzente gesetzt werden.
- Die zunehmende Vernetzung der Antifaschistischen Kräfte ist ein weiterer Baustein. Dabei sollten alle zur Verfügung stehenden Medien genutzt werden. Außerdem sollten hier die vielfältigen Kontakte und Bündnisse mit einfließen.
- Um auch „Duisburg stellt sich quer!“ (27./28. März 2010) zum Erfolg zu machen, sollten hier die Erfahrungen aus Dresden einfließen<sup>6</sup>
- Der 8. Mai 2010 - 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus 1945 - sollte dieses Jahr zentraler Ankerpunkt sein, um die Initiative in die Hand zu bekommen. Der Tag der Befreiung ist ein Grund

---

<sup>5</sup> siehe [www.npd-verbot-jetzt.de](http://www.npd-verbot-jetzt.de)

<sup>6</sup> siehe [www.duisburg-stellt-sich-quer.de](http://www.duisburg-stellt-sich-quer.de)

zu feiern. Es ist den Antifaschistinnen und Antifaschisten gelungen die Faschisten zu besiegen. Die riesigen Opfer dazu waren nicht umsonst.

Thomas Willms

Arbeitsgruppe 4:

### **Deutschland wird am Hindukusch verteidigt, aber auch an der Villa Hügel.**

#### **Der neue deutsche Militarismus**

Meine Ausführungen möchte ich mit zwei Zitaten beginnen.

Conrad Schuhler schreibt in einer neuen ISW-Veröffentlichung:

*„Die Teilung in Menschen im Überfluss und solche in Not und Unsicherheit findet sich zunehmend in den ‚Wohlstandsgesellschaften‘ selbst: Gute Arbeit, Mitgestaltung und Konsum für Wenige, sinnentleerte Arbeit, Kommandostrukturen und Existenzminimum für Viele. Die soziale Spaltung reißt weiter auf, die Zahl der ‚Verlierer‘ wird national und global weiter zunehmen. Zäune um die Wohlstandssinseln zu errichten, wird nicht genügen. Die wachsenden Massen der Armen und Hoffnungslosen müssen unter Kontrolle gehalten werden, und die Kontrollmaßnahmen werden um so mehr Zwang enthalten, je mehr das Einverständnis oder das bloße Stillhalten der Verlierer abnimmt. National müssen aus der Logik dieser Art von Kapitalherrschaft Elemente des Polizei- und Überwachungsstaates, international der immer totaleren militärischen Kontrolle erwachsen. Dass in Deutschland der Einsatz der Bundeswehr im Innern mit immer größerem Nachdruck gefordert wird, beleuchtet diese Entwicklung ebenso wie die Behauptung, dass man in Afghanistan keinen altmodischen Krieg, sondern militärische Entwicklungshilfe beim Aufbau einer demokratischen Gesell-*

*schaft führen müsse. Solche und ähnliche Aufgaben nach innen und außen werden der Bundeswehr und der NATO nicht ausgehen. EU-Strategen sehen die Hauptlinien, die zu militärischen Konflikten führen, nicht mehr zwischen den Staaten, sondern zwischen den Klassen in den einzelnen Gesellschaften. Hier müsste ‚der Westen‘ überall jederzeit militärisch eingreifen können, um in den betreffenden Ländern Ordnungen in seinem Sinne durchsetzen zu können.“*

Der Militarismus ist ein Instrument des Klassenkampfes – und zudem verfassungswidrig, wie das zweite Zitat zeigt.

Ein Kommentar aus der Süddeutschen Zeitung vom 25. Januar 2010 lautet auszugsweise: *„Zu den Grundfragen, die der Afghanistan-Krieg aufwirft gehört die Frage nach der verfassungsrechtlichen Grundlage solcher Einsätze. Das Grundgesetz ist der blinde Spiegel der Bundeswehr. Die deutsche Armee schaut hinein, sie sieht sich aber nicht mehr. Die Bundeswehr im Sinn des Grundgesetzes ist Vergangenheit, es gibt sie nicht mehr. Von der neuen Bundeswehr aber findet sich in der Verfassung kein Wort. Die Bundeswehr steht nicht mehr auf dem Boden des geschriebenen Grundgesetzes - die Panzer im Auslandseinsatz rollen an der Verfassung vorbei, die Flugzeuge donnern darüber hinweg. Der Verteidigungsminister müsste heute, streng genommen, Kriseninterventionsminister heißen. Das Grundgesetz sollte aber doch, ja es muss ein Vademecum sein für alle Staatsbürger in Uniform. Die Antworten auf fundamentale Fragen der Nation, die Antwort auf die Fragen, in denen es um die Staatsgewalt im Wortsinn, um Leben und Tod geht, die müssen in der Verfassung stehen.“* (Heribert Prantl SZ, 25. 01.10)

Die „Zivilmilitärische Zusammenarbeit“ von Bundeswehr, Polizei, Geheimdiensten, Katastrophenschutzorganisationen und anderen Institutionen ist seit kurzem mit Krisenstäben und Kreiskommandos in allen deutschen Landkreisen und kreisfreien Städten etabliert. Zudem werden massenweise Reservisten, darunter viele Rechtsextremisten, in diese Zivilmilitärische Zusammenarbeit im Innern und Äußeren einbezogen.

Wer heute einsatzfähiger und ausgebildeter Reservist ist, und das sind mindestens eine Million Männer im Alter bis zu 60 Jahren, der muss nicht nur – wie früher – mit Einberufungen zu Übungen rechnen, sondern mit Einsätzen wie in Heiligendamm und am Hindukusch.“

Mit Aktionen unter der Losung "Nie wieder Soldaten gegen Demokraten - Nein, zum Bundeswehreininsatz im Inland" sollten Antifa- und Friedensbewegung gegen die militaristische Durchdringung der Kommunalpolitik protestieren. Bundeswehr raus aus den Rathäusern, aus Schulen und Arggen, heißt es daher bei Protesten.

Ja, raus aus den Arbeitsagenturen – denn dort wird den jungen Langzeitarbeitslosen massiv – oft mit Feldjägerunterstützung – nahegelegt, in die Armee zu kommen. Gefordert werden muss ferner: „Endgültige Beseitigung der Pläne für den Abschuss von Zivilflugzeugen, die unter ‚Terrorverdacht‘ stehen“ und „Auflösung der integrierten Polizei-, Geheimdienst- und Militärbehörden wie das „Gemeinsame Terrorabwehrzentrum“ in Berlin. Erstmals seit 1945 sind wieder Heer, Geheimdienste und Polizei zusammengefasst.

Die zivil-militärische Zusammenarbeit ist gegen das Streikrecht gerichtet. Das Schweigen der Gewerkschaften ist sehr beunruhigend:

Es gilt, die Kampfbedingungen der Gewerkschaften zu verteidigen: Denn zumindest im öffentlichen Dienst steht Streikbruch mittels Bundeswehr auf der Tagesordnung. So die Antwort der Bundesregierung an DIE LINKE im Bundestag vom 28.8.09.

Ferner: Wir müssen die Jugendrechte schützen. In Schulen findet nun eine neue Art Wehrkunde und Militärwerbung statt.

Vor allem fordern wir: Abschaffung der Wehrpflicht. Ja, es geht um die Wiederherstellung des Grundgesetzes in seiner Fassung von 1949.

Ich möchte schließen mit einem Zitat aus einem Beschluss der VVN-BdA (Bundeskongress der VVN-BdA, 25.05.08)

### **Für die Wiederherstellung des antifaschistischen und antimilitaristischen Konsenses**

Wir engagieren uns für eine friedliche Welt. Das bedeutet die Absage an alle Versuche, Konflikte militärisch zu lösen. Es bedeutet das Nein zur aktuellen Entwicklung neuer, kostspieliger Waffensysteme und zum Export von Waffen in alle Welt. Ein dauerhafter Frieden ist vor allem ohne das Völkerrecht als Grundlage nicht zu erreichen.

Dabei ist die Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen unverzichtbar.

Der Einstieg der deutschen Politik in Kriegshandlungen wurde damit begründet, man müsse Krieg führen, um ein Auschwitz nicht wieder zuzulassen. Es gilt jedoch: Auschwitz wurde erst durch Krieg möglich. Die Verpflichtung "Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus" mit ihren beiden Seiten ist wiederherzustellen.

Das Völkerrecht verbietet, entsprechend der UNO-Charta Artikel 53 und 107, Deutschland das Kriegführen. Das Grundgesetz mit seinem Verbot der Vorbereitung und Führung von

Angriffskriegen (Artikel 26) und das Völkerrecht sind zu verteidigen und anzuwenden.

Von diesen Prinzipien gehen wir aus, wenn wir uns in die Aktionen der Friedensbewegung einbringen.

Vor allem in drei Bereichen gefährdet die Politik der Bundesregierung eine friedliche Entwicklung unseres Landes: Es sind die Auslandseinsätze der Bundeswehr, das Festhalten an der Teilhabe Deutschlands an Atomwaffen im Rahmen der NATO und die innerstaatliche Aufrüstung und Militarisierung.

### **1. Frieden für Afghanistan - Bundeswehr-Einsatz beenden!**

Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen dient der Einsatz der Soldaten dort nicht einer friedlichen Entwicklung des Landes. Die Anwesenheit und der Einsatz der Militärs aus den USA und den NATO-Staaten führt zur Verschärfung des Konfliktes, drängt immer mehr Afghanen in die Aufstandsbewegung und macht die zivilen Helferinnen und Helfer in den Augen der Bevölkerung zu Kombattanten, zu Kriegsbeteiligten. Wir setzen uns ein für eine friedliche Entwicklung des Landes, die Verhandlungen zwischen allen Konfliktparteien, die deutliche Steigerung der Entwicklungshilfe und die Stärkung der Eigenständigkeit und der demokratischen Strukturen des Landes beinhaltet.

### **2. Atomwaffen abschaffen - Deutschland atomwaffenfrei!**

Die Atomwaffen stellen die größte Gefahr für das Überleben der Menschheit dar. 27.000 Atomwaffen existieren weltweit, 3.500 davon sind ständig in Alarmbereitschaft. Diese Systeme werden laufend modernisiert, neue Waffen entwickelt. Die Weigerung der Atommächte, entsprechend den Bestimmungen des Atomwaffensperrvertrages ihre Arsenale

abzurüsten, ermutigt immer neue Länder, ebenfalls Atomwaffen zu bauen. Auch in Deutschland lagern US-Atomwaffen, üben Bundeswehrpiloten den Einsatz dieser Waffen.

### **3. Gegen die innerstaatliche Militarisierung (...)**

Der verfassungswidrige Bundeswehreinsatz in Heilighamm 2007 stellte einen weiteren Schritt zur inneren Militarisierung dar. Mit der geschürten Anti-Terror-Hysterie werden an breiter Front in einem nie da-gewesenen Maße demokratische Grundrechte ausgehöhlt.

Statt Rassismus und Fremdenfeindlichkeit - auch unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus - verteidigen wir die Demokratie und die Menschenrechte. Gegen die Militarisierung ist die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht zu setzen, und jede neue Form von Zwangsdiensten ("Zivildienst durch alle") á la CSU ist entschieden zurückzuweisen." (...)

Ulrich Sander

## Grußschreiben

### Deutsche Kommunistische Partei

Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen

**Grußadresse an die 29. Antifaschistische Landeskonferenz  
am 27. Februar 2010 in Duisburg**

Liebe Freundinnen und Freunde,

im Koalitionsvertrag zwischen FDP und CDU in Sachsen findet man Bemerkenswertes: „Wir verteidigen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen Extremisten von links und rechts.“ heißt es dort.

Familienministerin Köhler stellt in ihren Haushalt zwei Millionen Euro ein, zur „Bekämpfung linker und islamistischer Gewalt“, was „Die Welt“ prompt zur Klage veranlasst, diese Summe reiche bei weitem nicht aus, für das Engagement gegen „Linksextreme“, die die Autorität des Staates in Frage stellen. Demgegenüber stagniere faschistische Gewalt.

Justiz und Polizei haben in vielen Orten massive Scheuklappen gegen rechte Täter; so dass sich mancherorts fast vermuten ließe, sie hätten eine Affinität zu den Faschisten.

Wir müssen Justiz und Polizei mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts konfrontieren wie es Ulrich Sander in der UZ notierte: „Angesichts des Unrechts und des Schreckens, den die Naziherrschaft über Europa und weite Teile der Welt gebracht hat, enthält das Grundgesetz in diesem Punkt eine Ausnahme vom Verbot, ein Sonderrecht gegen bestimmte Propaganda zu schaffen. Denn das Grundgesetz kann weithin geradezu als Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des national-sozialistischen Regimes gedeutet werden.“ Das heißt nichts anderes als: Duldung und Beförderung faschistischer Umtriebe widersprechen dem Grundgesetz.

Nach Dortmund ist in Nordrhein-Westfalen der Kreis Aachen eine Hochburg der Faschisten, in der sie weitgehend ungehindert von Polizei und Staatsanwaltschaft agieren, mit regelmäßigen Aufmärschen und ebensolchen massiven Bedrohungen antifaschistisch engagierter Menschen.

Mag auch in Dresden „gemeinsames Blockieren“ als Aufruf zur Gewalt gehalten haben: Wir werden am Karfreitag in Stolberg bei Aachen einen bundesweit beworbenen faschistischen Fackelmarsch blockieren. Und wenn die Kraft reicht, auch die zusätzlich angekündigte Faschistendemonstration am selben Ort am Kar Samstag.

Unser jährlicher Ostermarsch und die Faschistendemonstration fordern unsere Kräfte. Es gibt keinen Gegensatz zwischen beiden Aktionen: Antifaschismus ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für Frieden.

Wir wünschen Euch eine erfolgreiche und aktionsorientierte Konferenz. Halten wir solidarisch zusammen.

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

i.A. Renate Linsen von Thenen

### Deutsche Kommunistische Partei Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen



Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen  
Hoffnungstr. 19, 45127 Essen

Die DKP an die  
29. Antifaschistische Landeskonferenz  
am 27. Februar 2010 in Duisburg

Tel.: 0201 / 22 51 47  
Fax: 0201 / 2698038

E-Mail: [vorstand@  
dkp-ruhr-westfalen.de](mailto:vorstand@dkp-ruhr-westfalen.de)

Bankverbindung:  
SEB AG Essen  
Kto.: 100682700  
BLZ: 36010111

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten,

die DKP Ruhr- und Rheinland-Westfalen wünscht der Landeskonferenz einen erfolgreichen Verlauf.

Die DKP fühlt sich mit ihrer eigenen antifaschistischen Tradition eng mit Euch im Kampf gegen Faschismus und Krieg verbunden. Die KPD kämpfte vor 1933 gegen den aufkommenden Faschismus und gegen die Kriegsgefahr mit der Warnung: „wer Hindenburg wählt, wählt Hitler; und wer Hitler wählt den Krieg“. Viele unterschätzten die Gefahr und glaubten, dass die Faschisten sich abwirtschaften. Das haben sie auch gründlich getan. Aber der Blutzoll: über 50 Millionen Tote. Die industriemäßige Vernichtung von über 6 Millionen jüdischer Menschen und Hunderttausende Widerstandskämpfer ist die Besonderheit der Verbrechen des deutschen Faschismus.

Die Überlebenden schworen: Nie wieder Faschismus- Nie wieder Krieg und nicht zu ruhen bis der Faschismus mit seinen Wurzeln ausgerottet ist. Diesem Schwur fühlen wir uns Kommunistinnen und Kommunisten verpflichtet.

Wir dürfen auch heute nie die Gefahr des Faschismus außer Acht lassen. Die gegenwärtige Rechtsentwicklung in der BRD muss alle Antifaschistinnen beunruhigen. Stichwortgeber sind oft Politiker der regierenden Parteien. Mit rechten Parolen haben in der Vergangenheit CDU Landesverbände Landtagswahlen gewonnen.

Eine unmittelbare Gefahr geht von den immer frecher auftretenden Neofaschisten in unserem Lande aus. Sie vergiften nicht nur das Zusammenleben in unserem Lande, sondern greifen auch immer mehr zu Gewalttaten bis zu Morden gegen Andersaussehende und Andersdenkende. Dem müssen wir uns Entgegenstellen. Der Druck auf Polizei, Justiz und Politiker muss von uns verstärkt werden damit sie endlich diesen Faschisten mit rechtlichen Mitteln, entsprechend unserem Grundgesetz, Einhalt gebieten. Entscheidend wird aber sein, dass wir den Faschisten in der Öffentlichkeit mit der Losung „Wir stellen uns quer“ und „Blockade jetzt“ keine Raum lassen.

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Landeskonferenz: Ihr könnt gewiss sein, das wir alle Aktionen die sich gegen das Auftreten der Faschisten richten, wie bisher auch in der Zukunft aktiv unterstützen.

Mit antifaschistischen Grüßen im Namen der  
Bezirksvorstände Rheinland- und Ruhr- Westfalen

Marion Köster  
Bezirksvorsitzende Ruhr-Westfalen

SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf

An die  
Vereinigung der Verfolgten des  
Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen  
und Antifaschisten e.V. (VVN-BdA)  
-Jürgen Schuh-  
Gahte 55  
42107 Wuppertal

Name: Mirjam Hufschmidt  
Telefon: 0211 13622-342  
Telefax: 0211 13622-5342  
E-Mail: mirjam.hufschmidt.nrw@spd.de

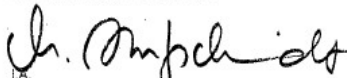
Datum: 04. Februar 2010

Ihr Schreiben vom 18. Januar 2010

Sehr geehrter Herr Schuh,

vielen Dank für die Einladung zur 29. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW. Die Konferenz findet am Samstag, 27.02.2010 in Duisburg und damit zeitgleich mit dem NRWSPD Parteitag in Dortmund statt. Die NRWSPD führt von Freitagmittag an den Landesparteitag durch, auf dem u.a. das Wahlprogramm für die Wahl am 09. Mai diskutiert und verabschiedet wird. Aus diesem Grund ist es bedauerlicherweise nicht möglich dass Herr Apostolos Tsalastras, Mitglied des Landesvorstandes, an der Konferenz teilnehmen kann. Herr Tsalastras bittet Sie dies zu entschuldigen. Er bedauert dies sehr, da die NRWSPD den intensiven Dialog mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für Demokratie und Toleranz einsetzen, sucht. Hinsichtlich der anhaltenden Bedrohung durch den Rechtsextremismus sowie der Ankündigung neonazistischer Demonstrationen werden im Entwurf des Leitantrages für den Parteitag eindeutige Aussagen getroffen.

Für Ihre Konferenz wünschen wir Ihnen einen guten Verlauf und viel Erfolg.  
Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.  
Mit freundlichen Grüßen

  
Mirjam Hufschmidt  
-Referentin-

**Ulrich Sander**

Von: dfg-vk.nrw@t-online.de

Gesendet: Montag, 22. Februar 2010 15:04

An: Ulrich Sander

Betreff: Re: AW: Danke für die Arbeit

Anlagen: Attachment information..txt; DieSchulederNationistdieSchule.pdf

Liebe Uli,

leider kann ich nicht zur Landeskonferenz kommen, da wir parallel eine DFG-VK-Versammlung haben (Dumm gelaufen aber nicht mehr zu ändern). Ich bin durch die Vorbereitungen für Essen nicht viel dazu gekommen, am Thema Bundeswehr und Schule zu arbeiten. In Köln tut sich aber einiges in der Richtung. Ich füge es unten ein und hänge ihren Aufruf an.

Wir wünschen Euer Konferenz viel Erfolg!

Mit freundlichen Grüßen  
Joachim Schramm

Landesgeschäftsführer  
Deutsche Friedensgesellschaft  
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen NRW  
Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund  
0231/8180-32 (fax -31)  
[www.nrw.dfg-vk.de](http://www.nrw.dfg-vk.de)

Frieden braucht Bewegung! Mitglied werden:  
[www.dfg-vk.de/mitglied-werden](http://www.dfg-vk.de/mitglied-werden)





## Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der European  
Confederation of Police (EuroCOP)

Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

### Landesbezirksvorstand

Gudastraße 5-7 · 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07 · 40605 Düsseldorf  
Telefon: 02 11/2 91 01-0 · Durchwahl: 39  
Telefax: 02 11/2 91 01-46/48  
Email: frank.richter@gdp-online.de  
Internet: www.gdp-nrw.de

Konten:  
SEB AG  
Nr. 1 406 788 000 (BLZ 300 101 11)  
Post giro Köln  
Nr. 1 99 56-506 (BLZ 370 100 50)

Gewerkschaft der Polizei · LB NW · Postfach 12 05 07 · 40605 Düsseldorf

VVN – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Nordrhein-Westfalen  
Gathe 55  
42107 Wuppertal

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben

Unser Zeichen  
FR/K. Wolf

Datum  
23.02.2010

### Grußschreiben für die landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen, 27. Februar 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

65 Jahre nach dem Ende der braunen Terrorherrschaft in Deutschland gibt es immer weniger Zeitzeugen, die uns über die Verfolgung und Unterdrückung Andersdenkender durch die Nationalsozialisten berichten können, werden neue Formen der Erinnerung und des Lernens aus unserer eigenen Geschichte immer wichtiger. Die heutige Konferenz der antifaschistischen Initiativen und Organisationen will einen Beitrag dazu leisten.

Als Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Nordrhein-Westfalen begrüße ich Euer Anliegen. Auch die Polizei war in der Zeit der nationalsozialistischen Terrorherrschaft Teil des Unterdrückungssystems. Nicht nur in Deutschland, sondern zum Beispiel auch in den Niederlanden, wo die so genannte Grüne Polizei neben der Wehrmacht die Funktion der Besatzungsmacht übernommen hatte.

Die GdP sieht deshalb die Polizei in einer besonderen Verantwortung für unsere Geschichte. Aus diesem Grund begeben wir uns bereits seit Jahren gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen des Nederlandse Politiebond, der niederländischen Polizeigewerkschaft, auf Spurensuche nach der braunen Vergangenheit der Polizei. Und wir fordern eine systematische Verankerung der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der Polizei in der Ausbildung unsere junger Kolleginnen und Kollegen.

Zwei Beispiele die zeigen, dass auch wir rechten Parolendreschern aktiv entgegen treten können. Und dass die Polizei einen Beitrag dazu leistet. Denn wir dürfen nicht

Gewerkschaft der Polizei – LB Nordrhein-Westfalen

Seite 2

nur vor den Gefahren eines neuen Rechtsextremismus warnen, sondern wir müssen uns ihr aktiv entgegen stellen.

In diesem Sinne wünsche ich der heutigen Konferenz viel Erfolg.

  
Frank Richter  
Landesvorsitzender

**DIE LINKE.**

Landesverband Nordrhein-Westfalen

[Abs.: DIE LINKE.NRW\\*Corneilusstr.108\\*40215\\_Duesseldorf](mailto:Abs.:DIE_LINKE.NRW*Corneilusstr.108*40215_Duesseldorf)

du  
Ullrich Sander  
Gathe 55  
  
42107 Wuppertal

Düsseldorf, 19.02.2010

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

auf Grund einer internen Kommunikationspanne versenden wir leider erst heute unsere Einladung zum Landesparteitag der LINKEN NRW am

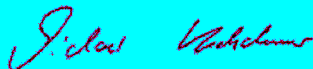
**27.02.2010, in der Zeit von 10.00 bis 19.00 Uhr in der  
Rhein – Ruhr – Halle Duisburg, Walther – Rathenau – Str. 1 a.**

Für die Verspätung möchten wir uns bei Ihnen entschuldigen!

Inhaltliche Schwerpunkte des Parteitages sind ein Dringlichkeitsantrag zu den Landtagswahlen sowie ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Nordrhein - Westfalen.

Wir würden uns freuen mit Ihnen darüber ins Gespräch zu kommen und Sie auf dem Landesparteitag begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Kretschmer  
Landesgeschäftsstelle  
Organisation/Wahlen

DIE LINKE. Landesgeschäftsstelle\*Corneilusstr.108\*40215 Düsseldorf\*Tel.: 0211/358907  
Fax: 0211/358908 \* Verkehrsanbindung: Straßenbahnlinien 707/708 HS Morsestr.  
EMail: [lgs@dielinke-nrw.de](mailto:lgs@dielinke-nrw.de) \* Internet: [www.dielinke-nrw.de](http://www.dielinke-nrw.de)  
Bankverbindung: Kto.Nr. 17 532 821 \* BLZ: 370 501 98\* Sparkasse KölnBonn

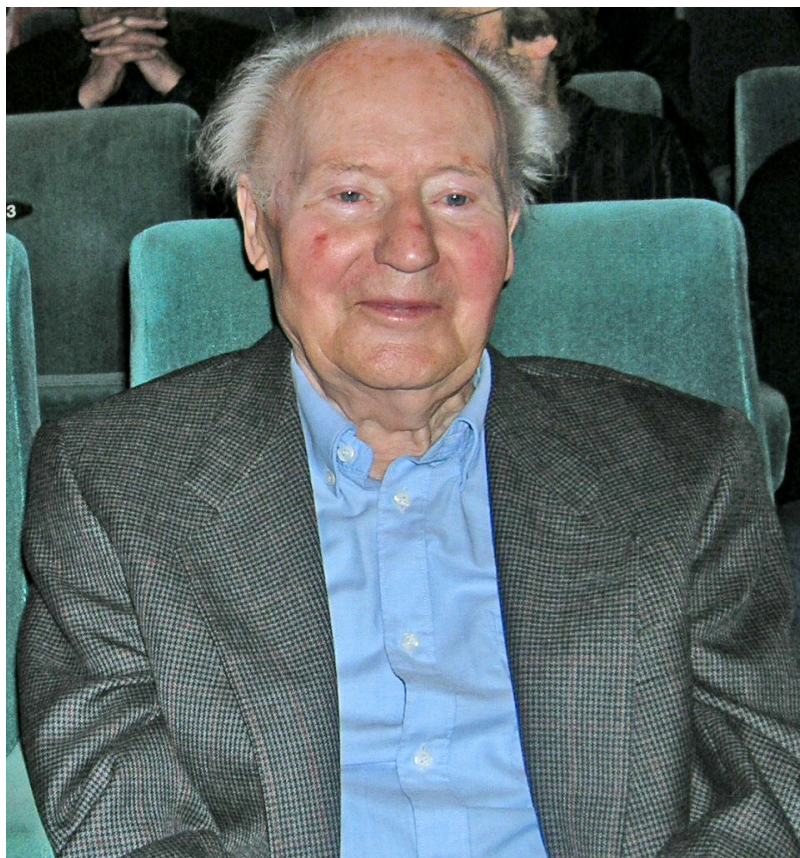
## Josef Angenfort

*(Geboren am  
9 Januar 1924  
in Düsseldorf.  
Verstorben am  
13. März 2010 in  
Düsseldorf)*

Aus einer katholischen Arbeiterfamilie entstammend wird er wie unzählige andere in die „Großdeutsche Wehrmacht“ gepresst. In der Kriegsgefangenschaft ab 1943 engagiert er sich im „Nationalkomitee Freies Deutschland“.

Nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion 1949 ist er beim Aufbau der Freien Deutschen Jugend dabei, die aber bereits 1951 von Adenauer wegen ihres antimilitaristischen und antifaschistischen Engagements verboten wird. Die FDJ war das wesentliche Hindernis zur Remilitarisierung der Westzonen. Sie war auch der schärfste Opponent gegen das erste Kabinett Adenauer, in dem mehr Nazis ihren Platz hatten als in Hitlers erstem Kabinett.

Die FDJ wurde 1951 verboten und Angenfort unter Bruch der Immunität als Abgeordneter der KPD im Landtag von Nordrhein-Westfalen im März 1953 verhaftet und zu fünf Jahren plus einem Zuschlag von sechs Monaten verurteilt, weil der „Angeklagte“ sich „uneinsichtig“ zeigte. Die Süddeutsche Zeitung schrieb am 3. März 1954: „Die Anklagepunkte: erstens Agitation gegen die ‚Remilitarisierung‘ ....und ....Werbung für die Wiedervereinigung Deutschlands...stehen auf schwachen Füßen“. Trotzdem: fünf Jahre Zuchthaus wegen Einsatz für die Ein-



heit Deutschlands und gegen die Wiederaufrüstung.

An Tuberkulose im Zuchthaus Münster erkrankt, wird er 1957 auf Bewährung entlassen, aber 1962 erneut verhaftet. Angenfort entzieht sich dieser erneuten Haft durch eine spektakuläre Flucht in die DDR.

Ende 1968 Rückkehr in die Bundesrepublik. Wiederum Haft im Zuchthaus Remscheid-Lüttringhausen. Eine Begnadigung durch den damaligen Bundespräsidenten Lübke lehnt Angenfort wegen dessen NS-Vergangenheit ab, zumal er eine kriminelle „Schuld“ wegen seines Engagements gegen die Wiederaufrüstung und für die Einheit Deutschlands nicht einzusehen vermag. Im April 1969 wird er ohne seine Zustimmung „begnadigt“ und kommt frei.

Nach seiner Tätigkeit als Mitglied des Präsidiums

der DKP, Leiter der Abteilungen für Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik wird Josef Angenfort ab 1988 zum Landesvorsitzenden der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten – VVN-BdA NRW gewählt. Er wird Mitglied des Bundesausschusses der VVN-BdA. Ab 2002 Landessprecher der VVN-BdA NRW. Ab 2008 Ehrenvorsitzender der VVN-BdA NRW.

Am 13. März 2010 starb der letzte noch lebende Abgeordnete des ersten Düsseldorfer Landtags nach 1945 im Alter von 86 Jahren

Mit „Jupp“, so nannten ihn seine engsten Mitstreiterinnen, Mitstreiter und Freundinnen, Freunde verliert die antifaschistische Organisation VVN-BdA einen ihrer besten und erfahrendsten Kameraden.

VVN-BdA NRW, Gathe 55, 4107 Wuppertal  
Tel.: 0202/45 06 29, Fax: 0202/25 49 836  
[vn-bdanrw@freenet.de](mailto:vn-bdanrw@freenet.de)

Kontoverbindung:  
Landesverband VVN-BDA  
Konto-Nr.: 28 212 435, Postbank Essen, BLZ: 360 100 43